

Wöchentlich 65 Bl. monatlich 3,00 Mk.
Im voraus zahlbar. Vierteljahr 12,00 Mk.
einmal bezahlbar. Kundenbescheinigung
gemäß § 11 des Preßgesetzes.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Witz
und Zeit“ und „Anstaltsnachrichten“, Ferner
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-
zimmer“, „Licht“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
des Vermögens, die in der
Kriegszeit durch die Inflation
beschleunigt wurde, hat zu
einer ungleichen Verteilung
des Einkommens geführt.
Die Arbeiterklasse muß
ihre Lebenshaltung einsparen,
um den steigenden Lebens-
haltungskosten zu begegnen.
Die Sozialdemokratische
Partei fordert eine
sozialistische Umgestaltung
des Wirtschaftslebens,
um die Lebensbedingungen
für die Arbeiterklasse zu
verbessern.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 57886 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Volksk. 63 Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstr. 3

Noch kein Rücktritt Guérards.

Neue Frist bis heute 12 Uhr.

Das Hin- und Hergerate des Zentrums und der Volkspartei um die Aktivierung der Großen Koalition und die Verteilung der Ministerposten im Reich und in Preußen hat auch gestern noch kein Ende gefunden.

Nachdem am Vormittag der Reichskanzler nacheinander Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums zu sich gebeten hatte, traten die Führer dieser beiden Fraktionen am Nachmittag unter seinem Vorhitz zusammen, um über die Möglichkeiten einer Verständigung zu beraten. Die Volkspartei berief sich nach wie vor auf das im November zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien getroffene Abkommen, wonach die Große Koalition, auch wenn die Voraussetzungen zu ihrer Bildung im Reich geschaffen seien, erst in dem Augenblick perfekt werden sollte, in dem in Preußen die Regierungsumbildung vollzogen werde. Das Zentrum vertrat den Standpunkt, daß das Zurückgreifen auf diese Abmachung doch nicht mehr am Platze sei, da das bevorstehende Zusammentreten der Reparationsfachverständigen eine Lösung der Regierungsfrage im Reich dringend mache, und außerdem die Verhandlungen in Preußen erfolgversprechend im Gange seien. Es wurde schließlich der Volkspartei folgender Vorschlag gemacht:

1. Die Zentrumsminister im Reich werden sofort ernannt.
2. Der interfraktionelle Ausschuss wird im Reich erst in Kraft gesetzt, wenn in Preußen die Große Koalition zustande gekommen ist.
3. Reichstagsfraktion und Parteileitung des Zentrums werden tun, was in ihren Kräften steht, um ihre Freunde in Preußen zu einer Beschleunigung der preußischen Verhandlungen zu veranlassen.

Die volksparteilichen Vertreter erklärten sich nicht für befugt, diesen Anregungen zuzustimmen; sie unterbreiteten sie ihrer sofort zusammenberufenen Fraktion, die ablehnend entschied.

Reichsverkehrsminister v. Guérard erschien dann am Abend, nachdem ihm der Beschluß der Deutschen Volkspartei bekanntgeworden war, beim Reichskanzler Müller, um ihm mitzuteilen, daß er während der ganzen Regierungsverhand-

lungen stets den Standpunkt vertreten habe, daß er im Kabinett nicht verbleiben könne, wenn den Wünschen des Zentrums nicht stattgegeben werde. Da dieser Tatbestand jetzt eingetreten sei, sehe er sich genötigt, die Zentrumsfraktion zu bitten, ihm den Austritt aus der Reichsregierung zu gestatten.

Reichskanzler Müller hat, wie das Nachrichtenbureau der Zeitungsverleger mitteilt, den Reichsverkehrsminister, seine endgültige Entscheidung vorerst noch zurückzustellen, da er noch einen letzten Vermittlungsversuch unternehmen wolle. Reichsverkehrsminister v. Guérard hat dann seiner Fraktion von dem Wunsch des Reichskanzlers Kenntnis gegeben. Diese hat beschlossen, die endgültige Entscheidung bis Mittwoch 12 Uhr mittags zu verschieben, um auf diese Weise dem Reichskanzler nicht die Möglichkeit zu nehmen, seinen letzten Vermittlungsversuch durchzuführen.

Die Situation ist also die, daß sich der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident in gegenseitigem Einvernehmen um die Lösung bemühen, die aber bisher nicht zu finden war, weil Zentrum und Volkspartei einander nicht über den Weg trauen. Man kann nicht sagen, daß das Bild, das die ehemalige „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ im gegenwärtigen Augenblick bietet, sehr erhebbend wirkt. Die Volkspartei hat durch Ablehnung der Vorschläge des Zentrums gezeigt, wie wenig Vertrauen es in die Vertragstreue dieser Partei setzt, und es ist verständlich, daß sich das Zentrum darüber etwas verlezt zeigt. Auf der anderen Seite scheint das Zentrum nicht genügend bedacht zu haben, daß es sich durch die Zurückziehung seines einzigen Ministers aus dem Kabinett der Verantwortung für das, was weiter werden soll, keineswegs entziehen kann.

Sollte Herr v. Guérard heute wirklich zurücktreten, so müßte das Kabinett über sein weiteres Verhalten beschließen. Sein Beschluß könnte kaum anders lauten, als dahin, daß es zunächst bleibt und sein weiteres Bleiben vom Willen des Reichstags abhängig macht. Das Volk würde in diesem Falle sicherlich für diejenigen sein, die bereit sind, sachliche Arbeit zu leisten, und es würde nicht verstehen, wenn versucht werden sollte, diese Arbeit wegen ungefüllter Parteifühlenschmerzen zu hindern.

Die Not der Erwerbslosen.

Kommunistische Schamlosigkeit im Reichstag.

Der Reichstag besprach gestern die Not der Erwerbslosen. Die Verhandlung hätte ein ernster Ausdruck der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft mit den Erwerbslosen, des festen Willens aller Arbeitervertreter sein können, den Erwerbslosen zu helfen — wenn die Kommunisten nicht die Kommunisten wären.

Die kommunistische Reichstagsfraktion setzt ihr schamlos demagogisches Spiel mit der Not der Erwerbslosen fort. Sie hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die niemals durchgeführt werden können. Sie hat versucht, ihre Gewissenlosigkeit hinter einem Trommelfeier von Schimpfworten gegen die Sozialdemokratie zu verbergen. Der kommunistische Redner forderte die Erwerbslosen auf — die Lebensmittelgeschäfte zu stürmen.

Der Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, kündigte sofortige weitere Ausdehnung der Krisenfürsorge an, er stellte eingreifende gesetzliche Maßnahmen in Aussicht. Die Kommunisten beschuldigten ihn deshalb — des Verrats an den Erwerbslosen. Sie nannten ihn einen „Knecht der Bourgeoisie“, den Reichstagspräsidenten Genossen Löbe einen „Mörder der Erwerbslosen“. Gegen den sozialdemokratischen Redner, Genossen Drey, schleuderten sie einen Sturm niedriger Schimpfworte.

Die wahre Gesinnung der Kommunisten enthüllte sich in dem Jurus des kommunistischen Abgeordneten Daugenberg: „Die Unorganisierten sind zehnmal besser als die Organisierten.“

So denken und handeln nicht Vertreter der Arbeiterschaft, so handeln nur Schädlinge der Arbeiterbewegung zum Schaden der Erwerbslosen!

Vor und hinter den Kulissen.

Kommunist Münzenberg und der „Knecht der Bourgeoisie“.

Am Sonnabendabend hatte sich die kommunistische Reichstagsfraktion in der üblichen Weise unter Schimpfworten wie „Hausknechte, Hausknechte der Koalition, Kettenhunde der Bourgeoisie“ usw. von der sozialdemokratischen Fraktion und dem Reichstagspräsidenten Löbe verabschiedet und damit wieder einmal ihrer tiefsten Verachtung Ausdruck gegeben. Am Montagvormittag gab es dann am Telefon folgendes Zwiesgespräch mit einem Mitglied der kommunistischen Fraktion:

„Hier Münzenberg. Genosse Löbe, würden Sie nicht die Lebenswürdigkeit haben und mir beistehen. Ich will morgen nach Rostow reisen und das polnische Generalkonsulat verweigert mit den Durchreisepaß durch Polen. Früher habe ich ihn immer erhalten. Würden Sie nicht die Güte haben und Ihren Einfluß aufwenden, damit ich dieses Visum bekomme.“

Löbe: Sie überschätzen meine Beziehungen zur gegenwärtigen polnischen Regierung, aber ich will den Versuch machen, ob der hiesige polnische Gesandte Ihnen das Visum verschaffen kann.

Münzenberg: Ich danke sehr, Genosse Löbe, darf ich in einer Stunde noch einmal anrufen?

Löbe: Ich weiß nicht, ob das so schnell geht. Ich werde Ihrer Fraktion selbst Bescheid sagen.“

Inzwischen traf auch eine Abordnung, bestehend aus einem kommunistischen Abgeordneten und einem Fraktionssekretär ein, um Löbe die gleiche Bitte zu unterbreiten.

Nach zwei Stunden hatte der „Knecht der Bourgeoisie“ dem Abgeordneten Münzenberg das Visum besorgt und mit Dankesworten wurde das konstatiert. — Zwei Stunden später wurde Löbe in der öffentlichen Sitzung wieder mit Schimpfworten überhäuft. So geht es dauernd.

Der Offriede wird gesichert.

Das Litwinow-Protokoll wird unterzeichnet.

Warschau, 5. Februar.

Der polnische Gesandte in Moskau, Patek, wurde vom stellvertretenden Volkskommissar für Außeres, Litwinow, empfangen und teilte ihm die Antwort Polens und Rumaniens über den Termin der Unterzeichnung des Litwinow-Protokolls mit. Polen und Rumänien sind mit dem von Litwinow vorgeschlagenen Termin am 7. Februar für die Unterzeichnung einverstanden.

Estland beteiligt sich.

Reval, 5. Februar.

Der Sowjetgesandte Petrowsky überreichte gestern dem Minister des Außereren Patek die Einladung der Sowjetunion, am 7. Februar in Rostow das Litwinow-Protokoll zu unterzeichnen.

Hünefeld gestorben.

Der Ozeanflieger Freiherr v. Hünefeld ist gestern nacht um 23 Uhr in einem Sanatorium im Westen Berlins nach längerem Krankenlager gestorben.

Schöpferische Sozialpolitik

Grundsätzliche Bemerkungen zum Arbeitsschutzgesetz

Das Arbeitsschutzgesetz steht heute zur ersten Lesung auf der Tagesordnung des Reichstags.

Auch Gesetzentwürfe haben ihre Schicksale. Der Reichstagsdruck Nr. 753 sieht man es schon an ihrem äußeren Umfange an, welche wechselvollen Kämpfe um die Gestaltung des Arbeitsschutzgesetzes geführt wurden. Ihre 296 Seiten führen mitten hinein in die Grundfragen moderner Sozialpolitik. Von ihnen soll hier die Rede sein. Ueber Einzelheiten wird noch eingehend zu sprechen sein, wenn der soziale Ausschuss des Reichstags in die Beratungen eintritt.

Zunächst: wie ist das Verhältnis von Wirtschaft und Steuerpolitik? Die Unternehmer, ihre politische und wirtschaftliche Interessenvertretung, lieben es, die Dinge so darzustellen, als handle es sich bei der Sozialpolitik um eine humanitäre Angelegenheit, der man nur so weit nachgeben dürfe, als sich die daraus entspringende wirtschaftliche Belastung in erträglichen Grenzen halte. Was erträglich ist, darüber haben die gleichen Kreise wieder sehr bescheidene Vorstellungen. Nach ihrer Auffassung ist schon die gegenwärtige Sozialpolitik überspannt. Man sieht es, uns Milliardenziffern über die Belastung durch den Sozialetat vorzuziehen.

Diese in kapitalistischen Gedankengängen befangene Beweisführung hält das tote Kapital für den Schöpfer aller Werte; es erscheint in der privatwirtschaftlichen Bilanz auf der Aktivseite, dagegen ist alles, was mit der Arbeitkraft zusammenhängt, gehört also auf die Passivseite. In diese Rechnung paßt nur die Frage, welche Rente das tote Kapital abgeworfen hat und daraus beantwortet sich die weitere Frage, wie es „gearbeitet“ hat. Die volkswirtschaftlich entscheidende Frage, ob das lebende Kapital, nämlich die Arbeitskraft, sozialbiologisch richtig eingesetzt und verwertet wird, das heißt, ob auch volkswirtschaftlich kein Raubbau mit ihr getrieben wird, diese wichtigste Frage existiert gar nicht für das privatwirtschaftliche Denken. Deshalb hat man auch noch gar nicht begriffen, daß umfassende Sozialpolitik gar kein humanitäres Postulat ist, sondern in Wirklichkeit einen wesentlichen Teil der Nationalökonomie bildet. Es ist kein Zufall, daß sich alle Prophezeiungen über wirtschaftliche Untragbarkeit als falsch erwiesen haben, wenn es sich um den Ausbau der Sozialpolitik handelte. Man kann geradezu nachweisen, daß der Ausbau der Sozialpolitik die Voraussetzung für jeden wirklichen ökonomischen Fortschritt ist. Die hohen Ziffern im Sozialetat sind kein Beweis dafür, daß zu viel geschieht, sie zeigen vielmehr, daß wir nachträglich in unzulänglicher Weise zu treiben suchen, was zum Teil durch eine vorausschauende schöpferische Sozialpolitik vermieden werden kann.

Nur von einer solchen Grundeinstellung kommt man zur richtigen Lösung der im Arbeitsschutzgesetz gestellten Aufgaben. Es geht allgemein darum, die Arbeitskräfte vor vorzeitiger Erschöpfung zu bewahren und damit ihre Produktivitätsgrenze zu erhöhen. Das bedeutet zweierlei: längere Wertungsmöglichkeit der Arbeitskraft und Entlastung der Sozialversicherung und Fürsorge. Im engsten Zusammenhang damit steht ein ausreichender Unfallschutz und nicht zuletzt eine soziale befriedigende Neuordnung des Rinderschutzes.

Aus dieser allgemeinen Aufgabe ergibt sich die Notwendigkeit, daß sich das Arbeitsschutzgesetz auf alle Arbeitnehmer erstrecken muß. Davon ist im vorliegenden Entwurf leider keine Rede. Es kennzeichnet keine Unburchsichtigkeit an dieser wie an vielen anderen Stellen, daß in den allgemeinen Vorschriften im ersten Abschnitt große Schichten der Arbeitnehmer ganz allgemein vom gesamten Arbeitsschutzgesetz ausgenommen sind, im dritten Abschnitt über die Arbeitszeit aber noch weitere Schichten hinzutreten, soweit es sich um den Arbeitsschutz handelt. Die Herausnahme der Arbeitnehmer im Bergbau wird damit begründet, daß die Arbeitszeitfrage in dem besonderen Bergarbeitsgesetz mit geregelt werden soll. Die Folge davon ist, daß über das Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes bestimmt wird: Das Arbeitsschutzgesetz tritt gleichzeitig mit dem Bergarbeitsgesetz an dem durch Verordnung des Reichsarbeitsministers zu bestimmenden Tage in Kraft. Die Verordnung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Diese Regelung ist überhaupt keine Regelung.

Es besteht kein zwingender Grund, irgendeine Arbeitnehmer-schicht auszunehmen. Soweit Sonderregelungen für einzelne Gruppen notwendig sind, kann das auch in einem allgemeinen Arbeitsschutzgesetz geschehen. Der Regierungsentwurf beweist an vielen Stellen, daß dieser Weg gangbar ist. Die allgemeine Herausnahme bestimmter Arbeitnehmergruppen setzt nicht nur diese unter ein Ausnahmerecht, sie hat zur weiteren Folge, daß durch den Ausschluß der Land- und Forstwirtschaft der hier schon längst fällige Rinderschutz nicht in Angriff genommen wird.

Der Regierungsentwurf gibt vor, die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens zu schaffen. Man

Die verzögerte Revolte.

Der Aufstandsführer Sanchez Guerra 48 Stunden zu spät gekommen?

Paris, 5. Februar.

Dem „Journal“ wird aus Madrid über die Verhaftung von Sanchez Guerra gemeldet: Guerra und sein Sohn hatten sich am 26. Januar, von Paris kommend, in Port-Vendres auf ein kleines französisches Schiff, das für diese Fahrt gemietet worden war, begeben, um nach Oras zu fahren. Acht Stunden nach dem Auslaufen aus dem Hafen von Port-Vendres mußte das Schiff infolge Havarie zurückkehren. Daraufhin haben die Verschörrer den Dampfer Ansona entsandt. Sanchez Guerra ist infolgedessen erst am 29. Januar in Oras angekommen, während er bereits am 27. Januar nach den vorher festgelegten Plänen erwartet wurde. Nach der Ankunft in Valencia begab sich Guerra zu einem Stabschef der dortigen Garnison, der sehr aufgeregt wegen der 48 Stunden Verspätung war, die alle Vorkehrungen und Vorbereitungen über den Haufen geworfen habe. Der Offizier erklärte sofort, daß es zu spät sei zum Handeln, denn die Regierung sei bereits über die Verschörrung unterrichtet. Guerra hielt dann noch vor den Offizieren des 5. Artillerieregiments eine Ansprache. Wenige Minuten später wurde er jedoch von einem Polizeinspektor in das Bureau des Zivilgouver-

neurs von Valencia geleitet und 14 Stunden später auf Weisung von Madrid als Gefangener ins Militärgefängnis übergeführt.

Guerra auf einem Kriegsschiff abtransportiert.

Madrid, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Der im Zusammenhang mit dem letzten Versuch eines Teiles der spanischen Artillerie verhaftete frühere konservative Ministerpräsident Guerra ist am Montag aus dem Militärgefängnis an Bord eines spanischen Kriegsschiffes gebracht worden. Das Schiff erhielt den Auftrag, nach einem geheim gehaltenen Ort auszuliegen. Die Anordnung erfolgte, nachdem am Montag vormittag ein verunglückter Versuch unternommen worden war, den ehemaligen Ministerpräsidenten und seinen Sohn aus dem Militärgefängnis zu befreien.

Inzwischen hat der König ein neues Dekret erlassen, durch das der Ministerpräsident Primo de Rivera bevollmächtigt wird, politische Maßregeln zu treffen, ohne dem Ministerrat hiervon vorher Kenntnis zu geben. Eine politische Organisation von Bürgern, die sich zur Niederwerfung von Unruhen zur Verfügung gestellt hat, ist offiziell anerkannt worden und wird von der Regierung als eine Art freiwillige Miliz beschöpft. Das Kabinett hat außerdem die Vollmacht erhalten, Beamte und Offiziere jederzeit von ihren Posten mit oder ohne Pension zu entfernen und auf Lebenszeit aus dem Dienst zu entlassen.

Doppelte Buchführung.

Zur bayerischen Entschuldigung in Berlin.

Nachdem die bayerische Regierung durch ihren Gesandten der preussischen Regierung das Bedauern über den Münchener Vorfall und über die für die Kritik gewählte Form ausgesprochen hat, konnte der Zwischenfall Berlin-München erledigt sein.

Die Bayerische Volksparteikorrespondenz, das offizielle Organ der Partei des Ministerpräsidenten Held, beliebt jedoch, die Nachricht des amtlichen preussischen Pressedienstes über diese Beilegung in folgender Weise zu apostrophieren:

„In dieser Form wird die Nachricht des amtlichen preussischen Pressedienstes bei dem größten Teil der bayerischen Öffentlichkeit Erstaunen und Verwunderung auslösen und nicht verstanden werden. Wird dadurch der Eindruck erweckt, als ob sich die bayerische Staatsregierung in aller Form wegen ihres Verhaltens auf Grund der letzten Berliner Besprechung entschuldigt habe, als ob Bayern vor der preussischen Auffassung in dem ganzen Streitfall zurückgewichen sei. Wir halten es für gänzlich ausgeschlossen, daß der Schritt des Herrn von Preger beim preussischen Ministerpräsidenten einen anderen Zweck und Sinn haben könnte, als die amtliche Übermittlung der Antwort der bayerischen Staatsregierung auf die Erklärung, die

Dr. Braun am vergangenen Samstagvormittag abgegeben hatte. Ein Hinweggehen über diese Erklärung war nach der ganzen Sachlage keineswegs geboten. Sie trug in ihrem Punkt 9 dem Gebot der Höflichkeit in sehr weitem Umfang Rechnung. Kein Reich in Bayern hat ein Interesse daran, daß zwischen der bayerischen und der preussischen Regierung ein die sachliche Auseinandersetzung erschwerender Spannungszustand besteht. Es kann aber unmöglich zu einer befriedigenden Vereinigung der ganzen Angelegenheit kommen, wenn irgendwo der Anschein erweckt wird, als ob die bayerische Staatsregierung sich gegenüber der preussischen Staatsregierung im Unrecht befinde. Leider ist zu befürchten, daß die preussische Presse-meldung in dieser Richtung geduldet und ausgenutzt wird.“

Hier wird angedeutet, daß der amtliche preussische Pressedienst den Schritt des Herrn von Preger verfällicht habe! Es ist die Methode der doppelten politischen Buchführung, die allmählich unerträglich wird. Die bayerische Regierung bedauert in Berlin — aber das Parteiorgan des bayerischen Ministerpräsidenten schreibt in München, man habe nicht bedauert. Man ist in Berlin vernünftig, aber man spielt in München den starken Mann.

Die Frage ist unvermeidlich: wo ist man nun aufrichtig?

Unberufene Staatshüter.

Hugenbergs Landesverratsgesetzi gegen die Sozialdemokratie.

Die Absicht der Hugenberg-Partei, die Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei über das Wehrprogramm zu agitatorischer Hege gegen die Sozialdemokratie auszunutzen, hat eine neue Blüte gezeitigt. Graf Westarp hat namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion im Reichstag eine Interpellation eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

Am 24. Januar 1929 ist eine Druckschrift unter dem Titel „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ erschienen. Als Herausgeber zeichnen die der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Senf, Dr. Kurt Rosenfeld, Max Sendewitz, Heinrich Strödel. Die Broschüre ist erschienen im „Selbstverlag der Herausgeber“ unter besonderer Benennung des Abg. Sendewitz. Als Verlags- und Vertriebsort ist angegeben „Berlin NW 7, Reichstag“. In dieser Druckschrift finden sich u. a. folgende Feststellungen:

„Solange die Klassenbewußte Gesellschaft nicht erlumpt ist, gibt es kein Vaterland aller Volksgenossen, gibt es nur das Vaterland der Reichen, das die Armen mit Gut und Blut verteidigen sollen.“

„Die Sozialdemokratie kämpft nicht für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes, sie kämpft für die Befreiung des Proletariats.“

„Die deutschen Bräutler haben die Verpflichtung... der Kapitalistenklasse das Instrument der Kriegführung durch Geldverweigerung und jedes sonst geeignete politische Mittel zu nehmen.“

„Die deutsche Sozialdemokratie wird sich dabei auch, wenn die historische Situation es erfordert, vor dem nicht zu fürchten haben, was das Straßengesetz und die Rechtsprechung der Bourgeoisie hoch und Landesverrat nennt. Der Vorwurf des Landesverrats ist nichts gegenüber einer Partei, die keine Pflichten gegenüber Land und Nation, die Pflichten lediglich gegenüber der Klasse des Proletariats hat.“

Daneben steht also fest, daß in Adumskletten des Reichstags von Mitgliedern der Partei, die den amtierenden Reichskanzler Hermann Müller und die amtierenden Reichsminister Senfing, Dr. Hilferding und Wisell gestellt hat, das Bekanntnis zum Landesverrat, zur Kriegsdienstverweigerung auch im Verteidigungskrieg und zur Sabotage der Verteidigungsmittel des deutschen Volkes beurkundet und von dort als Druckschrift verbreitet worden ist. Wir fragen die Reichsregierung:

1. Hält sie es mit der Würde und der Selbstachtung des deutschen Volkes und seiner Vertretung vereinbar, daß Reichskanzler und Reichsminister ihren Auftrag von einer Partei erhalten, in der führende Abgeordnete den Landesverrat propagieren und öffentlich die Auffassung vertreten, daß die Partei keine Pflichten gegen Land und Nation habe?
2. Was gebietet die Reichsregierung gegenüber der hiernach planmäßig betriebenen Sabotage der Landesverteidigung zu tun?
3. Was gebietet die Reichsregierung gegenüber der unter Mißbrauch der Immunität betriebenen Organisation des Landesverrats zu tun?

muß das in vielen Punkten bezweifeln. Das gilt sowohl hinsichtlich des Umfangs der zulässigen Mehrarbeit als auch ihrer Bezahlung. Darauf wird bei den Einzelberatungen noch zurückzukommen sein. Es wird sich dann auch zeigen, daß die jamaica Erfindung der Arbeitsminister auf der Londoner Konferenz, wonach die Woche nur sechs Tage hat, mit dem Uebereinkommen nicht im Einklang steht, ganz abgesehen davon, daß diese Konferenz für die Auslegung strittiger Bestimmungen gar nicht zuständig ist. Aber es handelt sich ja nicht nur um die Durchführung der Mindestvorschriften des Washingtoner Uebereinkommens, es geht vor allen Dingen um einen Schutz der Arbeitskraft der die vollen Konsequenzen aus einer im höchsten Maße rationalisierten Wirtschaft zieht. Von der Erfüllung dieser Aufgabe ist der Entwurf weit entfernt. Das gilt für den Abschnitt über Betriebsgefahren, wo es darauf ankommt, einen Zwang dahin auszuüben, daß entsprechend dem Stand der Technik des Gefahrenschutzes die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind, es gilt in noch höherem Maße für alle mit der Dauer der Arbeitszeit zusammenhängenden Fragen.

Ebenso wichtig wie ein ausreichendes materielles Schutrecht ist die Sicherung der Durchführung. Diese Aufgabe obliegt den künftigen Arbeitschutzbehörden. Auch über diese Frage werden sehr heftige Auseinandersetzungen entbrennen. Der Regierungsentwurf verzichtet auf eine umfassende grundlegende Neuordnung, wie sie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Zu einer befriedigenden Lösung wird man jedoch nur dann kommen, wenn nicht nur die bisherige Gewerbeaufsicht in den Kreis der Neuordnung einbezogen wird, diese sich vielmehr auch auf alle anderen Behörden erstreckt, die für die Ueberwachung und Durchführung von Arbeitsschutzfragen in Betracht kommen.

Es ist die Aufgabe des Arbeitsschutzgesetzes, in allen seinen Teilen in die Tat umzusetzen, was Artikel 157 der Reichsverfassung verheißt: Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs. Dieser besondere Schutz ist keine humanitäre Angelegenheit, sondern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

6. Februar 1919.

Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar.

Heute vor zehn Jahren trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung in Weimar zusammen, um das Werk zu schaffen, dem das deutsche Volk durch die gewaltige Beteiligung an der Wahl seine Zustimmung gegeben hatte: die Verfassung der Deutschen Republik.

Mit festen Worten wies Friedrich Ebert den Weg der deutschen republikanischen Politik nach dem Verlust des Weltkriegs:

Die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassungsgebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihre Mandate der Revolution, sie wird sie in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. In der Revolution hat sich das deutsche Volk gegen eine alte, eine veraltete und zusammenbrechende Gemüthsherrschaft erhoben. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit.

Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Vertretung und Beschlußfassung lassen sich die unausschießbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten.

Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerung, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Weisheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt.

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in alle Zukunft sich selbst.

Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Weg, auf dem es sich aus dem Blutstumpf des Krieges und der Niederlage wieder herausarbeiten kann.

Diesen Weg ist das republikanische Deutschland gegangen. Er ist eingehalten worden, trotz des Ansturms der Gegner der Republik von rechts und links. Es ist der Weg des Wiederaufbaus und Wiederaufstiegs, der Weg, auf dem die deutsche Arbeiterschaft vorwärts schreitet.

Kellogg-Pakt genehmigt.

Beschluß des Auswärtigen Ausschusses.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde unter Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) zunächst der deutsch-italienische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag behandelt. Nach erfolgter Aussprache wurde der Vertrag zur weiteren Beratung dem handelspolitischen Ausschuss des Reichstags überwiesen.

Es folgte eine längere Diskussion über das Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien. An der Debatte beteiligte sich auch der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann. Das deutsch-rumänische Abkommen wurde ebenfalls ohne Widerspruch dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgte die Beratung des Kellogg-Paktes. Nach längerer Aussprache genehmigte die Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses den Kellogg-Pakt und nahm gleichzeitig folgende Resolution des Abg. v. Rheinbaben (D. Vp.) an:

Der Reichstag erwartet, daß die Reichsregierung entsprechend der Erklärung in der Note des Reichsministers des Auswärtigen an den amerikanischen Botschafter in Berlin vom 27. April 1928 das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes zum Anlaß nimmt, um auf Grund dieser neuen Garantie für die Erhaltung des Friedens bei den Regierungen der Vertragspartner und im Völkerverband auf Erfüllung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung sowie zum Ausbau der Möglichkeiten, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen und offensichtliche Ungerechtigkeiten auf friedlichem Wege zu beseitigen, mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Zum Schluß wurden noch Reparationsfragen behandelt.

Staatssekretär Dr. Hoffmann im Ruhestand. Der Reichspräsident hat den bisherigen Staatssekretär Dr. Hoffmann vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Heute vor 10 Jahren trat die verfassungsgebende Nationalversammlung in Weimar zusammen. In diesen zehn Jahren deutscher Geschichte war die deutsche Sozialdemokratie die feste Garantie der Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes und der Einheit des Reichs — im Kampfe gegen alle volksfeindlichen Mächte einschließlich der Deutschnationalen.

Die Sozialdemokratische Partei hat keinerlei Anlaß, ausgerechnet mit der von Herrn Hugenberg geführten Partei über ihre Pflichten gegen Land und Nation zu diskutieren.

Die kommunale Neugliederung.

Annahme des Gesetzentwurfs durch das preussische Staatsministerium.

Das preussische Staatsministerium hat in seiner gestrigen Sitzung den Entwurf des preussischen Innenministers über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets angenommen. Das preussische Staatsministerium wird nunmehr diesen Gesetzentwurf unverzüglich dem Staatsrat zustellen.

Das Ringen um die Kreuzer.

Der Bau vom amerikanischen Senat beschlossen.

Washington, 5. Februar.

Der Senat hat gestern am späten Abend die Beratung der Kreuzerfrage unterbrochen. Senator Hale, der Vorsitzende des Marinenausschusses, hofft, heute die Abstimmung durchsetzen zu können, da die Redezeit über den Gesetzentwurf und die Zusatzanträge, deren bereits 15 vorliegen, auf je 20 Minuten beschränkt ist. Welchen Weg die Abstimmung voraussichtlich nehmen wird, zeigte sich bereits bei der gestrigen Abstimmung über den Antrag, die ursprüngliche Baufristklassen entsprechend dem Wunsch Coolidges zu erreichen und statt dessen den Januar 1932 als Endtermin für den Bau festzusetzen. Dieser Antrag wurde mit 54 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Für die Verbeibehaltung der Klausel stimmten die meisten Republikaner außer Borah, Norris und Burton und viele Demokraten. Senator Borah versucht immer noch, trotz dieser starken Mehrheit für die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, die Abstimmung aufzuhalten, da, wie er und Senator Harrison ausführten, der Präsident nur bei unbeschränkter Einwilligung der 15 Kreuzer eine diplomatische Waffe gegen England habe. Er trat daher gestern abend von neuem für seine Resolution über die Modifizierung des Senatsrechts der Neutralen ein.

Angenommen!

Washington, 5. Februar.

Der Bundesrat hat die Kreuzervorlage unter Beibehaltung der vom Präsidenten Coolidge gemäßigten Baufristklassen mit 68 gegen 12 Stimmen angenommen.

„Reform des Schlichtungswesens“

Nur weiß man nicht, wie sie aussehen soll.

Die jüngste Nummer des „Arbeitgeber“, des Organs der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, ist der „Schlichtungsreform“ gewidmet. Der frühere Syndikus der Vereinigung Dr. Tänzler, sein Nachfolger Braumeier, Dr. Erdmann und Prof. Peters von der Universität Berlin nehmen in langstieligen Artikeln in Wirklichkeit nicht Stellung zur Schlichtungsreform, sondern äußern die Bemühtung ihrer Auftraggeber über das Urteil des Reichsarbeitsgerichts zu dem Schiedspruch in der Nordwestlichen Eisenindustrie.

Wenn man die Artikel mit der Lupe studiert hat, so wird man nicht einen einzigen positiven Vorschlag für Reform des Schlichtungswesens finden. Oder ist es vielleicht ein positiver Vorschlag, wenn Herr Braumeier „die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen“ fordert? Was er sich unter dieser Verschärfung vorstellt, geht aus seinem Artikel nicht hervor. Es geht vor allen Dingen nicht daraus hervor, welche positiven Vorschläge die Vereinigung der Arbeitgeberverbände macht oder machen will, um diese Verschärfung herbeizuführen. Immer in der Voraussetzung, daß bisher die sozialen Auseinandersetzungen persönlicher Natur gewesen wären und nicht ihre Wurzel haben in den wirtschaftlichen Gegensätzen.

Wenn Herr Braumeier weiter fordert, die Wiederherstellung der vollen eigenen Verantwortung und des Verantwortungsbewußtseins auf beiden Seiten, so rennt er bei den Gewerkschaften offene Türen ein. Doch es in den Unternehmerverbänden ist sowohl an Verantwortungsbewußtsein als auch an der Handlungsfreiheit bei wirtschaftlichen Auseinandersetzungen vielfach gefehlt — das hat ja am besten die Ruhrausperrung gezeigt — wollen wir nicht bestreiten. Wir bezweifeln aber, daß Herr Braumeier in diesem Punkte positive Vorschläge machen wird.

Schließlich wünscht Herr Braumeier, „daß die Bahn zur Annäherung der sozialen Gruppen und zum inneren Frieden durch die Notwendigkeit, ohne fremden Zwang miteinander fertig zu werden, wieder frei gemacht wird.“

Herr, dunkel ist der Rede Sinn! Was das mit der Reform des Schlichtungswesens zu tun hat, ist uns nicht klar.

Von den anderen Auffassungen enthält nur der von Prof. Peters den nicht mehr neuen Vorschlag der Einsetzung einer obersten Schlichtungsbehörde, die unabhängig vom Reichsarbeitsminister ist.

Wir brauchen nicht zu wiederholen, was wir zu diesem Vorschlag bereits gesagt haben. Im übrigen kann man ja in aller Ruhe abwarten, wie die positiven Vorschläge der Unternehmer bzw. ihrer Vertreter im Reichstag aussehen werden. Wenn sonst in den Artikeln sich eine tiefe Genugtuung über das Urteil des Reichsarbeitsgerichts breitet, so ist das menschlich durchaus begreiflich. Ob die Unternehmer aber gerade viel Ursache haben zu triumphieren, können wir in aller Ruhe abwarten.

Die Gewerkschaften sind ohne Schlichtungswesen fertig geworden und sie werden auch nach dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts, das die Fällung eines Schiedspruches abhängig macht von einer Rechtsbildung in der Kammer, ihre Kämpfe weiter führen. Denn das System, wonach der Schlichter allein berechtigt ist, einen Schiedspruch zu fällen, hat sich keineswegs immer zugunsten der Arbeiter und Angestellten ausgewirkt. Es ist bekannt, daß die Schiedsprüche, die in Deutschland den Achtstundentag für einen großen Teil der Arbeiterschaft beseitigten, durch Stichtenscheid des Schlichters zustande gekommen sind.

Wir stellen also fest, daß man im Lager der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zwar nicht weiß, wie die Reform des Schlichtungswesens aussehen soll, daß man sie aber desto entschiedener fordert.

Die zur Preisverteilung anwesenden Lehrlinge „ermahnte“ der Obermeister, weiterhin auf ihre fachliche Fortbildung Wert zu legen, damit sie tüchtige Schleifer werden und es nicht nötig haben, den Arbeitsnachweis aufzuzuchen, sondern von einer Firma zu anderen empfohlen werden können. Mit anderen Worten bedeutet diese Ermahnung nichts anderes, als entgegen den tariflichen Bestimmungen den paritätischen Arbeitsnachweis zu meiden und bei den Meistern nach alter Sitte vorzusprechen zu gehen.

Zum Schluß seiner väterlichen Belehrungen warnte der Herr Obermeister die jüngeren Gesellen vor den Leuten, die sich bald an sie herandrängen werden, um sie „zur Masse herüberzuführen“. Wer kann mit diesen Leuten wohl anders gemeint sein als die Organisation, die die jungen Menschen über ihre Klassenlage aufklären und sie vor der schrankenlosen Ausbeutung durch die Unternehmer schützen will.

Die Versammelten waren über dieses gewerkschaftsfeindliche und verleumdende Auftreten des Obermeisters hell entrüstet und gaben ihre Empörung darüber in beredten Worten kund. Alle Redner betonten übereinstimmend, daß sie ihren kulturellen Aufstieg nicht der „Erziehung“ ihrer Meister, sondern lediglich ihrer gewerkschaftlichen Organisation und sich selbst zu verdanken hätten und daß die Innungsmeister, anstatt sich um ihre Arbeiter zu kümmern, lieber in ihren Reihen Umkehr halten und dafür sorgen sollten, daß einmal die Schmutzkonturen unterbunden wird.

Die Versammelten präzisierten ihre Auffassung über das Auftreten ihres Obermeisterpädagogen in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der sie erklärten, daß die Unternehmer kein Recht haben, ein moralisches Werturteil über die organisierte Arbeiterschaft zu fällen. Die Arbeiterschaft erzieht sich selbst und braucht dazu nicht die Hilfe der Unternehmer. Zum Schluß sprachen die Versammelten dem Obermeister wegen seines Verhaltens ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Aufstieg des ZDA.

Der Zentralverband der Angestellten teilt mit: Die bisher vorliegenden Berichte aus den Ortsgruppen des Verbandes ergeben eine Zunahme von 25 000 neuen Mitgliedern im Berichtsjahr 1928. Das bedeutet gegenüber dem Mitgliederbestand am Anfang des Jahres 1928 einen Zuwachs um 17 Proz. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Steigerung in der Mitgliederzahl der freigewerkschaftlichen Organisation der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten weiter anhält.

Der Lohnkampf der Leipziger Straßenbahner.

Leipzig, 5. Februar. (Eigenbericht.)

Das Fahrpersonal der Leipziger Straßenbahn hat am Dienstag beschlossen, auch nach Aufhebung der Aussperrung die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis über seine Forderungen verhandelt und die neue Lohnregelung festgesetzt ist. Das technische Personal der Straßenbahn lehnte den am Dienstag gefällten Schiedspruch als völlig unzureichend ab. Die Urabstimmung wird am Mittwoch vorgenommen.

Streikunruhen auf Ceylon.

Colombo, 5. Februar.

Trotz des im Straßenbahnstreik abgeschlossenen zwölfstündigen Waffenstillstandes herrschte heute früh eine große Erregung in der Stadt. Ein Streikführer wurde mißhandelt. Die Polizei zerstreute die Menschenmenge. 15 000 Hafenarbeiter und Eisenbahner sind in den Streik getreten, jedoch hat der größte Teil die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Gestern abend wurden Steine gegen die Hauptpolizeiwache geschleudert; die Polizei ging dreimal mit der Waffe vor. Mehrere Personen wurden ins Krankenhaus gebracht, zehn Polizisten wurden verwundet. Die Lage ist bedrohlich und die Polizei befindet sich in Alarmbereitschaft.

Ausgehobene Sperren. Die uns der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten mitteilt, ist durch ein Versehen im Bureau des Restaurants „Kaiser“, Rüststr. 10, unter den gesperrten Gastwirtschaftsbetrieben wieder aufgeführt worden. Da die Sperre über diesen Betrieb bereits am 6. Januar d. J. aufgehoben wurde, so bitten wir dieses Versehen zu entschuldigen. Der Betrieb ist also nicht gesperrt. — Die Differenzen mit dem Restaurant „Weiß“, Schönhauser Allee Ecke Bornholmer Straße, sind beigelegt.

APD-Genossen des Rhein-L.-G. Donnerstag, 17. Uhr, im Alexanderstr. 27b, Zusammenkunft der Fraktion im hiesigen Sitzungssaal.

Arbeitnehmerverband des Kleider- und Kostümgewerbes, Zweigverein Berlin, Donnerstag, 20. Uhr, im Alexanderstr. 27b, Jahresversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Am Freitag, 8. Februar, 1928, Uhr, im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25, Saal 3, Sektionsversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher im hiesigen Gewerkschaftshaus. Diskussion und Beschlüsse, Erscheinung sämtlicher Kollegen notwendig.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Mittwoch, 19. Uhr, laden die Gruppen: Baumhüttenweg; Gruppenheim, Jugendheim, Baumhüttenweg, Ernststr. 16, Heimbesprechung, Verbandsbuchkontrolle. — Zentrum: Gruppenheim, Jugendheim, Heidenstr. 24-25, Heimbesprechung, Zutritt nur mit Heimausweis und Verbandsbuch. — Weisensee: Gruppenheim Weisensee, Parkstr. 36, Heimbesprechung, Buchkontrolle. — Köpenick: Gruppenheim, Köpenick, Jugendheim, Parkstr. 11 (Fabrikgebäude), Heimbesprechung, Heimausweis und Verbandsbuch mitbringen. — Reinickendorf: Gruppenheim, Jugendheim, Bergstr. 29 (Kfz), Heimbesprechung, ohne Heimausweis und Verbandsbuch kein Zutritt. — Jungfernheide: „Jugendklub“ (Kfz) heute aus. Nächster Ausfallabend Mittwoch, 11. Februar, im Jugendheim, Schule Sonnenburger Str. 20.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anwesenden

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Gesamtbesprechung: Jugendheim Schönstr. 1, Bericht von dem Wochenkurs für Jugendkulturschule in Reutheim am 12. und 13. Februar. — Offen: Jugendheim Bismarckstr. 18, Gruppenbesprechung, Mitgliedsbuchkontrolle. — Stralau: Jugendheim der Schule Köpenick, 61, Gruppenbesprechung. — Reinickendorf: Jugendheim Köpenick, 1-4, Besuch der Werksbesprechungsversammlung. — Köpenick: Jugendheim Wrangelestr. 128, Fortsetzung des Vortrages: „Rückwärts ein und vorwärts“, Referent: Friedrich Weigelt. — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1, Heimabend. — Potsdam: Jugendherberge in Parnow, Priesterstr. 2, Freitag: „Der richtige Werksbetrieb“, Referent: Heinz Mann.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Grotz; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Stricker; Redaktion: Dr. John Schimanski; Sozialer und Sonstiger: Fritz Rothmann; Anzeigen: 12, Stadtamt in Berlin; Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Fortwärts-Verlag; Vertrieb: Fortwärts-Verlag, Postfach 100, Berlin; Preis: 20 Pf. Einband: 20 Pf. Bestellungen: 20 Pf. Bestellungen und „Unterhaltung und Wissen“.

Massenausperrung gefällig?

200 000 Textilarbeiter sollen auf die Straße.

In der Nummer 3 des „Arbeitgeber“ schreibt Dr. Tänzler zu der Situation in der Textilindustrie:

„Da zurzeit noch in zahlreichen Bezirken der Textilindustrie — genannt seien außer Osts- und Westfalen die Niederlausitz, die Aresfelder Seidenindustrie, sowie verschiedene Bezirke in Hessen, Thüringen und Hannover — tariflos besteht, so daß für insgesamt 200 000 Textilarbeiter die Arbeitsverhältnisse der tariflichen Regelung entbehren, muß mit weiteren schweren Auseinandersetzungen gerechnet werden, wenn nicht Gewerkschaften und Schlichtungsstellen ihre Auffassung von der Tragbarkeit weiterer Lohnrückführungen gründlich revidieren und endlich einsehen, daß bei der gegenwärtigen ungünstigen Lage der deutschen Textilindustrie Forderungen auf weitere Lohnrückführungen keine Berechtigung haben.“

Der vorstehend zitierte Satz ist zwar reichlich lang, hat aber durch seine Länge nicht gerade an Deutlichkeit gewonnen. Dr. Tänzler teilt mit, daß für insgesamt 200 000 Textilarbeiter ein tarifloser Zustand besteht. Von diesen 200 000 fordern nur die Arbeiter der sächsisch-thüringischen Webereien eine Lohnrückführung bzw. stehen im Kampf um die Erhöhung ihrer Löhne. In den anderen Bezirken ist eine Einigung nicht zustande gekommen und die Arbeiter arbeiten gegenwärtig zu den alten Lohnbedingungen.

Das scheint den Textilindustriellen, von denen Dr. Tänzler zweifellos keine Informationen bezieht, nicht in den Kram zu passen. Sie können es gar nicht erwarten, daß auch in den anderen Bezirken die Arbeiter in den Streik treten, um höhere Löhne zu erzwingen. Wohl deshalb haben die Unternehmer die Kündigung der Textilarbeiter des Niederlausitzer Bezirkes beschlossen, und gleichzeitig im rechtsrheinischen Textilbezirk die Herabsetzung der bisher gültigen Löhne angeordnet.

Entweder die Ausführungen Tänzlers haben keinen Sinn, oder sie bedeuten, daß die Textilindustriellen auch in den anderen tariflosen Bezirken die Arbeiter aussperrten bzw. durch Herabsetzung der Löhne zu einem Lohnkampf zwingen wollen!

Wahrscheinlich hat diese kaum verhüllte Drohung, 200 000 Textilarbeiter auf die Straße zu setzen, den Zweck, den von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände so warmherzig vertretene „Wirtschaftsfrieden“ zu fördern. Oder vielleicht ist dies der Weg „zur Annäherung der sozialen Gruppen und zum inneren Frieden“, den der Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in derselben Nummer freigemacht wünscht.

Wir gestatten uns, die Herren Textilindustriellen und die ehemaligen und gegenwärtigen Syndiki der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände darauf aufmerksam zu machen, daß man in der Öffentlichkeit wenig Verständnis aufbringen wird für die so verschlungenen Pfade des mit Aussperrungen und Wirtschaftskämpfen angefüllten „Friedens“ der Vereinigung. Wir glauben vielmehr, daß man die Textilindustriellen und die Syndiki der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nicht als Vertreter des Wirtschaftsfriedens, sondern als Preisfechter des Klassenkampfes bezeichnen wird.

Holzarbeiter geht in die Versammlungen

Die Organisation zählt auf euch!

Heute abend finden in allen Branchen und Bezirken Berlins des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Jahresversammlungen statt, in denen die Kandidaten zur Generalversammlung nominiert werden. Die APD mobilisiert ihre Truppen. Darum darf heute keiner fehlen, keiner von unseren Genossen, keiner, dem es ernst ist mit einer freien und starken Gewerkschaft.

Antwort an die Bierseidelwerfer.

Einmündiges Votum der Kraftfahrer.

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den APD-Strategen gestaltete sich die jüngste Branchenversammlung der im Deutschen Verkehrsband organisierten Last- und Geschäftskraftfahrer sowie des Garagenpersonals. In dieser Versammlung kam klar zum Ausdruck, daß überall dort, wo die Organisationsleitung energisch gegen die Treibereien der Motoristen in den Gewerkschaften Front macht, eine Gefundung des Gewerkschaftslebens sehr bald zu verzeichnen ist.

Nachdem der Reichsaktionsleiter der Kraftfahrer, Genosse Reich, über die neuen Satzungsänderungen sowie über die Einführung der Invalidenversicherung referiert hatte, setzte die Abrechnung mit der sogenannten Opposition in den Gewerkschaften ein. Der Branchenberater, Genosse Buchert, nahm vereinzelte an ihn ergangene Anfragen über die Ursachen des vom Bundesvorstand vollzogenen Ausschusses von zwei Mitgliedern der Branche zum Anlaß, der Mitgliedschaft nicht nur Klarheit über die Ursachen der Ausschüsse, sondern auch über die Methoden des „revolutionären“ Gewerkschaftstempes der APD zu verschaffen.

Auf die Frage, weshalb der Ausschluß erfolgte, gebe es die einfache und klare Antwort: Weil sie sich nicht nach den Beschlüssen und Statuten richteten und jede gewerkschaftliche Disziplin vermissen ließen.

Buchert zeigte dann der Versammlung, was von der APD für die Arbeiterschaft erreicht worden ist. Nicht der geringste Erfolg. Jedoch 10 Jahre Erschrei, Zerpfitterung, Brudertamp, Fraktionskämpfe, Selbstentmannung. Man sehe sich das tägliche Gebaren der „Roten Fahne“ an. Nichts als Hege gegen die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaft und Sozialdemokratie. Wohin solche Verheugung führt, zeigte kürzlich der Verlauf der Hochbahnerversammlung im Gewerkschaftshaus. Stürmische Zustimmung kam aus der Versammlung, als der Redner die schärfste Verwarnung gegen solche gewerkschaftliche Betätigung einlegte. Der ausgeschlossene Kuhnke weittert gegen den Schlichtungsschwindel; zwei kommunistische Mitglieder der Branchenleitung der Kraftdroschkenführer verlangen von dem Sektionsleiter Heyl im Lohnkampf immer wieder, sich des Schlichtungsschwindels doch endlich zu bedienen.

In der hierauf einstimmig angenommenen Entschließung heißt es:

„Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen solche Methoden, Gewerkschaftsvertreter mit Biergläsern und Seltersflaschen zu bearbeiten. Etwasige Differenzen und Meinungsverschiedenheiten sind in Gewerkschaftsversammlungen in sachlicher und kollegialer Art auszutragen.“

Eine von den Kommunisten eingereichte Entschließung, die die Zurücknahme der Ausschüsse und Wiedereinsetzung der Kollegen in ihre alten Rechte forderte, wurde mit überwältigender Majorität abgelehnt.

Aus der Metallschleiferzunft.

Mißtrauen der Gesellen gegen den Obermeister.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Metallschleifer und Galvaniseure Berlins beschäftigten sich in ihrer letzten Branchenversammlung mit dem Verhalten des Zwangsinnungsoberrmeisters Riedel, das er nach dem Bericht des Nachrichtenblattes der Innung in einer der letzten Innungsversammlungen zur Schau getragen hat. In dieser Versammlung hielt der Obermeister eine Ansprache, die an Verunglimpfungen der Schleifergesellen nicht zu überbieten war. Nach den angeblichen Äußerungen eines älteren Gesellen haben es die Berliner Schleifer lediglich der Organisation ihrer Meister zu verdanken, daß sie heute angelehene Handwerker sind, während sie früher größtenteils Zehnpfleter und Arbeiter der niedrigsten Gattung gewesen seien.



MAGGI'S Würze

ist einflüssig aromantibow

für Suppen · Soßen · Gemüse · Salate

Sind die Theater feuersicher?

Schließung des Admirals-Theaters angedroht.

Die Bestrebungen der Berliner Baupolizei, eine erhöhte Feuersicherheit in den Berliner Theatern herbeizuführen, sollen jetzt in stärkerem Maße als bisher verwirklicht werden, nachdem man ein strenges Vorgehen zur Durchführung der feuerpolizeilichen Bestimmungen mit Rücksicht auf die ungünstige finanzielle Lage der Bühnen hinausgezögert und nur die Abstellung kleinerer Mängel gefordert hatte.

Die Kontrollen, die ständig bei den Berliner Bühnen in gewissen Zwischenräumen durch Beamte der Baupolizei vorgenommen werden, haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß verschiedene Theater im Punkte der Feuersicherheit nicht auf der Höhe sind, und daß eine generelle Veränderung durch Umbauen notwendig ist. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die älteren Berliner Theater, bei denen die baulichen Zustände nicht mehr mit den modernen Erfordernissen in Einklang zu bringen sind. Mit Rücksicht auf die verschiedenen Brände in der letzten Zeit, besonders auf den großen Theaterbrand in Madrid, soll jetzt im Interesse der Sicherheit des Publikums und der Schauspieler, sowie des Personals hier Wandel geschaffen werden. Als erste Bühne wird das Admirals-Theater, das Domizil der Hallertroupe, herankommen. Hier sind verschiedene Umbauten vorzunehmen; zum Beispiel wird von der Baupolizei, ebenso wie von der Feuerwehr die Anlage neuer Treppen und eines neuen Vorhanges gefordert. Außerdem verlangt man die Einrichtung eines großen Raumes hinter der Bühne, um bei einem Brande bei offener Szene dem Personal, den Schauspielern, eine bessere Rettungsmöglichkeit zu bieten. Die sofortige Inangriffnahme der notwendigen Umbauten wird gefordert unter der Androhung, sonst das Theater zum 15. Februar zu schließen. Die Tatsache, daß gerade das Theater im Admiralspalast als erste Bühne von dem polizeilich angeordneten Umbau betroffen wird, ist damit

zu erklären, daß das Haus ursprünglich lediglich als Vortragssaal und Versammlungsraum erbaut worden war, und der frühere Einsatz nur die Konzession für kleinere Aufführungen hatte, so daß nicht alle eigentlich für ein Theater notwendigen Sicherungsmaßnahmen vorhanden waren. Kleine Änderungen und Verbesserungen waren bereits im Laufe der Zeit auf Veranlassung der zuständigen Behörden vorgenommen worden. Da aber im Theater im Admiralspalast seit den letzten Jahren in den Reihen große Massenjungen auf die Bühne gebracht wurden und noch dazu die großen Dekorationen und Ausstattungen erhöhte Feuergefährlichkeit mit sich brachten, hat die Baupolizei schließlich sich zu einem energischen Vorgehen entschlossen, um keine Unterlassungsünden zu begehen.

Welche weiteren Bühnen in Berlin noch auf Grund der feuerpolizeilichen und baupolizeilichen Bestimmungen umgebaut oder verbessert werden müssen, ist bisher nicht bekannt, und wird von den jeweiligen Verhältnissen abhängen. Aber auch hier wird durch ständige Kontrollen seitens der zuständigen Behörden ein Augenmerk darauf gerichtet, daß die Feuersicherheit gewährleistet bleibt!

In der kommunalpolitischen Pressekonferenz sprachen gestern über die Angelegenheit des Admiralspalast-Theaters und über die Feuersicherheit in Berliner Theatern die bei der städtischen Baupolizei beschäftigten Oberbauinspektoren Cispuz und Schäfer und der Oberbranddirektor Gemppe. Die geltende Theaterpolizeiverordnung soll verbessert werden, doch dürften die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen. Oberbranddirektor Gemppe erklärte, daß besonders die alten Theater eine schwere Gefahr bedeuten. In einer von ihm verfaßten Denkschrift weist er darauf hin, daß von 30 Theatern Berlins nur elf mit imprägnierten Dekorationen ausgestattet sind.

In weit größerem Maßstabe schwindelte die Firma Budwig Werthe u. Co. aus der Körnerstraße 16 zu Steglitz. Für sie waren zwei Waggon mit zusammen 700 Zentnern Rots angekauft. Sie sollten für die Zentralheizung eines Berliner Hauses angeliefert werden. Als die Ueberwachungsbeamten die Waggonarten des Verkäufers prüften, stellte es sich heraus, daß sie über 533 Zentner wiegen, die dem Abnehmer auch in Anrechnung gebracht werden sollten. Die Firma mußte den Gewichtsunterschied von 133 Zentnern zugestehen. Sie versuchte ihn zunächst damit zu erklären, daß der Transportwagen bei der Fahrt zum Bahnhof nicht leer gewesen sei, sondern noch einen Rest von etwa 60 bis 70 Zentnern enthalte habe. Die weitere Differenz sollte dadurch entstanden sein, daß die Wagenladung starken Regen ausgeht gewesen sei. Kohlenkäufer erklärte, daß für unvollständig; im gleichen Sinne äußerte sich das meteorologische Institut. Da die Firma vor einigen Wochen wegen des gleichen Deliktes bereits zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, erkannte jetzt das Amtsgericht Berlin-Tempelhof auf 14 Monate Gefängnis. Dessen Ende ist auch hier wieder der Privatmann, der Richter der Beklagtenseite. Sachverständige erklärten, daß bei systematischer Wiederholung dieser Gewichtserschleichungen unredliche Firmen einen jährlichen Ueberschuß von 75 000 bis 80 000 Mark gegenüber arbeitslos arbeitenden Handwerkern erzielen.

Die Längerin mit dem Dolch. Der Reutlinger Ueberfall aufgeklärt.

Mit lebensgefährlichen Stichwunden wurde, wie schon mitgeteilt, in der Nacht vom 2. zum 3. Februar der 31 Jahre alte Arbeiter Arthur Reiffmann aus der Prinz-Handjerg-Str. 25 aufgefunden. Blutüberströmt und bewußungslos fand man ihn im Flur des Hauses Prinz-Handjerg-Str. 66, und brachte ihn nach dem Budower Krankenhaus, wo er noch sehr bedenklich darniederliegt.

Reiffmann hatte zwei tiefe Stiche von 18 und 12 Zentimeter Länge in den Rücken erhalten. Die Reutlinger Kriminalpolizei, die unter Leitung von Kriminalrat Schorn die Ermittlungen aufnahm, fand bei der Durchsuchung des Grundstückes im Keller die mörderische Waffe, einen langen noch blutbesiedelten Dolch. Durch Zeugenvernehmungen gelang es jetzt auch, die Täter, die in diesem Fall Täterinnen sind, zu ermitteln und festzunehmen. In einem Lokal in der Straße wurde am Sonnabendabend ein Soabierfest veranstaltet. An ihm nahm Reiffmann teil und unabhängig von ihm zwei Mädchen, eine 18 Jahre alte Käthe Esloch und ihre 17 Jahre alte Freundin Elise Neumann. Während des Tanzes stieß Reiffmann verächtlich gegen eine papierne Karnevalsmütze, die die Esloch auf dem Kopfe trug und brachte sie dadurch in Unordnung. Mit Schminke reden, die gar nicht dem richtigen Vorfall entsprachen, fiel das Mädchen über Reiffmann her und war nicht zu beruhigen. Von einem jungen Manne, der noch nicht ermittelt werden konnte, ließ sich die Käthe schließlich den Dolch geben und drohte, sie werde „den Hund kalt machen“. Die gefährliche Waffe gab sie einstecken der Neumann in Verwahrung. Als nach Schluß des Lokales alle Gäste fortgingen, brach die Esloch auf der Straße wieder einen Streit mit Reiffmann vom Faun, nahm aus den Händen der Freundin den Dolch und sprang plötzlich ihrem Geuner wie eine Kage auf den Rücken. Zweimal stieß sie mit dem Dolch zu und erorrst dann mit ihrer Hellebarde die Flucht. Die Mädchen, die in ihren Wohnungen festgenommen wurden, wurden wegen versuchten Mordes dem Amtsgericht Reutlingen eingeliefert.

Kinderschreck in der Schönholzer Heide.

Ein Missetäter, der in der Schönholzer Heide hinter Bantow sein Unweil treibt, wird von der Kriminalpolizei erfragt. Er lauert kleinen Mädchen auf, wenn sie auf der Straße spielen oder von der Eisenbahn heimkehren, lockt sie in die Heide und vergeht sich dort schmer an ihnen. Schon drei Kinder sind ihm in die Hände gefallen. Ein viertes, das sich ihm zunächst auch schon angeschlossen hatte, wandte sich zuletzt wieder ab und lief nach Hause. Jetzt endlich hat man wenigstens eine Beschreibung des Verbrechens. Er ist etwa 35 bis 40 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß und trug zuletzt dunklen Paletot und dunklen Schlapphut. Mitteilungen über sein Auftauchen an die Dienststelle E. 4 im Polizeipräsidium.

Berlins künftiges Schnellbahnetz.

Verkehrsdeputation genehmigt fünfjähriges Bauprogramm.

Das von der neuen Berliner Verkehrs-Gesellschaft aufgestellte Schnellbahnbauprogramm für die nächsten fünf Jahre wurde gestern in der Deputation für das Verkehrswesen vom Stadtrat Neuzer vorgelegt und nach eingehender Erörterung einstimmig genehmigt. Zu dem Bauprogramm wird nun der Magistrat und nach ihm die Stadtverordnetenversammlung Stellung zu nehmen haben.

In derselben Sitzung der Verkehrsdeputation wurde auch die Notwendigkeit einer besseren Verbindung des Fernbahnnetzes besprochen. Die Deputation, die hier nur Wünsche äußern kann, sprach sich für Zusammenlegung der südlichen und der nördlichen Fernbahnhöfe aus. Anzustreben sei eine durchgehende Nord-Süd-Fernverbindung, ähnlich der längst bestehenden Ost-West-Fernverbindung. Umsteigepunkt für Verbindungen Ost-West und Nord-Süd müßte ein neuer Kreuzungsbahnhof werden, der am jetzigen Bahnhofsplatz anzufragen wäre. Auch eine Berringerung der jetzigen fünf Fernbahnhöfe der Stadtbahn auf etwa drei Fernbahnhöfe wird für nötig gehalten.

Dem Gedekten der Nationalversammlung, die vor zehn Jahren in Weimar eröffnet wurde und das Verfassungswerk schuf, ist eine Feier gewidmet, die am Sonnabend, dem 9. Februar, um 20 Uhr, im Plenarsaal des Reichstages stattfindet. Es sprechen von den Weimarer Vorlesern Reichsminister a. D. Genosse David und die Mitgließer des Reichstages Ernst Lemmer und Helene Weber.

Den Vorsitz führt Reichstagspräsident Genosse Loh. Die „Topographia“, der Gesangsverein unserer Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, unter der Leitung von Dr. Hugo Strecker und ein Quartett von Musikern der Städtischen Oper werden mitwirken. Die Veranstalter sind das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Deutsche Republikanische Reichsbund und die Vereinigung Republikanische Presse.

Betrug im Kohlenhandel.

Zwei wichtige Gerichtsurteile. — Schutz den Verbrauchern!

Gegen betrügerische Kohlenhändler ist jetzt in zwei Fällen von Berliner Gerichten ein warnendes Urteil gefällt worden. Da der Konsument so gut wie gar keine Möglichkeit hat, sich gegen Lebertortelung zu schützen, so wird er den Gerichten für exemplarische Bestrafung der Betrüger besonders dankbar sein.

Ein Arbeiter W., der bei einer Firma H. in Schöneberg angestellt war, hatte an einem Haushalt 5 Zentner Britetts abzufahren. Beamte der Brennstoff-Ueberwachungsstelle mochten unermahnt seinen letzten Resten nach und stellten ein Untergewicht von 14 Pfund fest. Da die neue Lieferung zu alten Vorräten hinzugepackt worden war, so ließ sich nicht mehr herausfinden, wo auch in den früheren Köpfen etwas an dem vorgeschriebenen Gewicht gefehlt hatte. Trotzdem erkannte das Amtsgericht Berlin-Mitte gegen W. auf 8 Tage Gefängnis mit der Begründung, daß der Kohlenverbraucher, der Privatmann geschädigt werden müsse. Den Hausfrauen fehle meist die Möglichkeit, die geheserte Menge nachzuwiegen. Sie seien daher bei solchen Mischgeschäften ständig der Gefahr des Betruges ausgesetzt. Das erhebliche Untergewicht lasse den Verdacht gerechtfertigt erscheinen, daß es sich nicht um einen Einzelfall, sondern um ein plamäßig wiederholtes Manöver handele.

an den Mann. „Sie sind in der Walbauer Zuderfabrik beschäftigt. Sie haben im Herbst vorigen Jahres einen Dreiviertelkorb Rüben von der Arbeit mit nach Hause gebracht.“

„Jawohl. Es war mein Deputat. Sie standen mir zu.“

„Gut, gut, das tut nichts zur Sache. Ehefrau Anna Hampel geborene Bunge, Schwiegertochter des Zeugen! Sie haben gegen Weihnachten desselben Jahres die Rüben verkauft.“

„Es war die große Teuerung damals, Herr Richter.“

„Aber reden Sie doch nicht immer dazwischen!“ sagte Handt in leidendem Ton. „Mit dem Verkauf schädigen Sie naturgemäß die Fabrikbesitzer. Das wußten Sie doch. Das versteht doch jedes Kind.“

„Aber der Arbeiter verstand das durchaus nicht. „Schädigen? Den? Der beinahe Millionär ist? Mit einem Dreiviertelkorb Rüben schädigen? Sie hätten mal die Rot damals bei uns sehen sollen.“

Der Richter winkte mit der Hand ab. „Sie geben also zu, Angeklagter Hampel, die Rüben verkauft zu haben?“

Die Frau nickte stumm. Der Alte sagte: „Aber sehen Sie sie doch an, Herr Richter, sie ist doch hochschwanger, ich bitte Sie recht herzlich.“

„Sie sind doch hier als Zeuge und nicht als Verteidiger!“ unterbrach ihn Handt noch immer eher in klagendem und getränktem als in zornigem Ton, wie das seine Art war.

„Für einen Verteidiger haben wir armen Leute kein Geld. Wenn man natürlich Verurat ist.“

„Maul halten!“ fuhr Handt jetzt auf. Dehkle grinste stolz. Der Richter wandte sich, wieder in ruhigem Ton, an die Angeklagte: „Sie sind hiermit rechtens verurteilt zu zwei Tagen und drei Nächten Gefängnis. Die Strafe ist heute abend anzutreten.“

„Aber Herr Richter, wie soll sie denn in ihrem Zustand.“

„Wachtmeister Kühns, führen Sie die Leute hinaus!“

Die Frau ging mit geklammertem Kopf. Sie schluckte nur einmal leise. Der Arbeiter verschwand mit einer müden Geste, die jagte: Ich verstehe das nicht.

Dehkle war mit dem Verstauen der Akten endlich fertig geworden. Er verabschiedete sich von Handt. „Uff!“ machte der erst, „widerlich, dies landfremde Volk! Nie wird es unsere Gehege begreifen!“ Und dann zu Dehkle, sehr freundlich: „Wir sehen uns ja heute abend bei der Hudigung, nicht wahr?“

Dehkle verneigte sich geschmeichelt und schlenderte seiner Wohnung zu. Vor seinem Hause standen zehn, zwölf Bürger, die sich erregt unterhielten. Höflich grüßend ging er an ihnen vorbei in sein im ersten Stock gelegenes Sprechzimmer. Dort trat er sofort ans Fenster. Er lehnte nicht hinaus, er stand auch nicht so, daß man ihn von der abendlichen Straße aus hätte sehen können; ein Vorhang verbarg ihn, aber das Fenster war offen, so daß er alles hören konnte, was die da unten sprachen. Dehkle rieb sich, nach seiner Gewohnheit fortgesetzt die Hände und grinste, als bilde seine Person den Mittelpunkt aller Äußerungen. Das war gewissermaßen auch so, obgleich sein Name kaum einmal erwähnt wurde. Denn an seinem Hause, wie an vielen anderen Häusern der Stadt lebten die drei Bekanntmachungen, die an der prickselnden Erregung der letzten Wochen schuld waren: zunächst die Bekanntmachung der Bürgerdeputation, die nicht von ihm unterzeichnet und doch die seine war; daneben die Bekanntmachung des Herzogs, die durch sein Schreiben erzwungen war, und die mit den verheißungsvollen Worten begann: „Da Wir zur Beratung der Verfassungsfrage Unseres Herzogthums Volksvertreter zuziehen zu lassen beschließen haben, so verordnen Wir.“

Die Bürger waren eben bei der Besprechung dieser Zellen angelangt. Allerwärts zelte man sich zufrieden.

„So! Wer sin wirklich besser drane mit unien Harzog als wie drimme in Breihen! Da hat där Keenig ercht hunderfünunachzig erschließen lassen, ehe daß e sein Versprechen jehalten hat!“

„Kaja, mir han jo amwer oo keene Barrikaden nich jebaut!“

„Weil merich äwend nich neetlich han! Weil mer äwen an so an juten Harzog han tun!“

„Amwer wasn se badertor oo mit'n Keenich in Berlin jemaht han! Se sin mit die Toten ans Eschoß vorbeijefahren, un er hat uffn Balkon kommen misen un sich verneijen un de Hand an'n Kopp nehmen. siehste: so, vor jeden Toten einzeln, hunderfünunachzig Ma: denke ma, an Keenich!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Aufbruch des schiefen Calan

Roman einer Revolution. Von Gerhard Herrmann Mostae

6. Bücher im Sicht

... item, da nach den mir vorliegenden Protokollen der vor dem Amtsgericht Harzgerode stattgehabten Verhandlungen dem Bergrat Zinden keines der Vergehen, deren er angeklagt wurde, nachgewiesen worden ist, im Gegenteile sich seine vollkommenen Unschuld und seine dem Staate geleisteten vorzüglichen Dienste herausgestellt haben, so wird er hiermit rechtens freigesprochen, jedoch der Obergerichtsrat Handt seine Urteilsverkündung, die alter Vorschrift nach in der Landeshauptstadt Bernburg erfolgte.

Der Advokat Dehkle packte seine Papiere zusammen. Der Freispruch war zu erwarten gewesen; der provisorische Beiler der Anhalt-Bernburgischen Justiz, der Baron von Trojegl, war der Ansicht, daß über Recht und Unrecht Zindens lediglich nach Maßgabe der Zu- oder Abnahme der Silberförderung entschieden werden könne. Und daß die Erträge der Silbergrube von Alexisbad sich seit Einfuhr des Koch-Zindenschen Systems bedeutend gehoben hatten, hätte Dehkle nicht erst nachzuweisen brauchen — die Herzogliche Kammer stellte das seit langem fest. Der Angeklagte hatte nicht einmal zur Urteilsverkündung anwesend sein müssen.

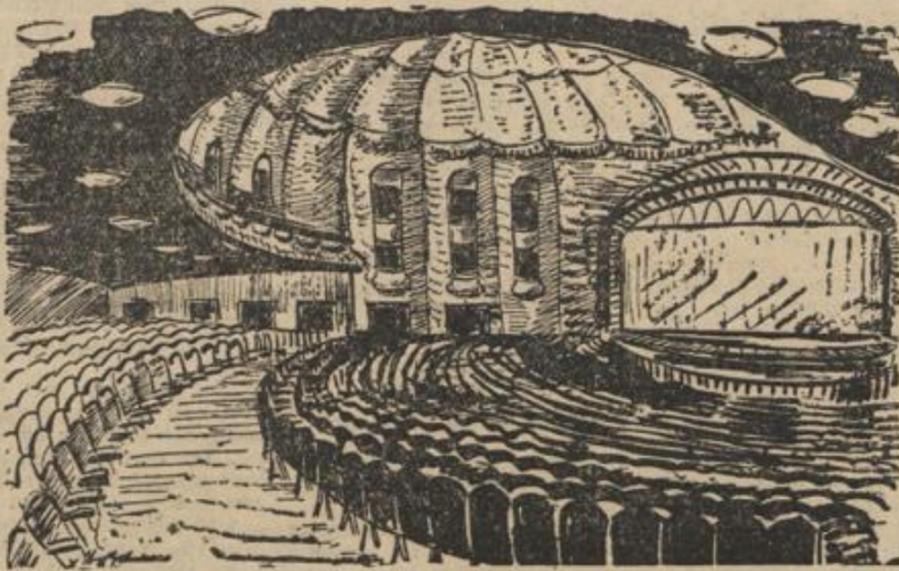
Während Dehkle noch im Zimmer war, ging der Obergerichtsrat bereits zur nächsten Sache über — der letzten, die verhandelt wurde; es war schon kurz nach sechs Uhr.

Eine blasse, müde Frau glitt stumm in die Anklagebank. Da ihre Arme fast ohne Fleisch, ihre Brüste weß waren, sah eine weit vorgeschrittene Schwangerschaft ihren Leib häßlich gedunken erscheinen. Ein älterer Arbeiter von unterliegender Statur, dessen hageres Gesicht eine schön geschwungene Nase und helle Augen intelligent machten, trat als Zeuge auf. Der Richter blickte städtig in die Akten. Er wollte die Pappolie kurz machen.

„Zeuge Arbeitsmann Christian Hampel,“ wandte er sich

Die Massenschau im Bahnhof

Der Rührer Plag im Osten Berlins ist förmlich erschüttert von der blendenden Weiße und strahlenden Helle dieses Variétépalastes, der einst kein alter, seit 50 Jahren unruiger Ostbahnhof war. Leuchtendes Rot blendet sich draußen mit dem etwas harten Weiß. Im Innern drängen sich die braunen Farben vor, nur an den Wänden sieht es noch ein bisschen nach frischgetaucht aus. Die Rasse dringt durch. Vor dem wirklich sabelhaften Zuschauerraum mit seinen 3500 Plätzen spielen sich aus Anlaß der Eröffnung sehr flotte und muntere Dinge ab. Auf der mächtigen Bühne erscheint zuerst Miß Swiff, eine blendende Königin der Luft, die nur an hängenden Laternen arbeitet. Dann kommen zwei schwedische Akkordeonvirtuosin Gellin und Borgström und zaubern aus diesem etwas verachteten Instrument, das man auf gut deutsch Handharmonika nennt, reizende Sachen hervor: die Orpheus-Ouvertüre und so. Dann Marie Posa mit einem trefflichen Trambolinakt in Verbindung mit zwei Artisten am Red. Kereide ist jene Wasserillusion, bei der eine schlanke Dame plötzlich einem mit Wasser gefüllten Bassin entsteigt, das ohne sie mit Wasser gefüllt wurde. Die drei Wier-Larjen sind sehr jugendliche und sehr aparte Steptänzer. Ebenso die 16 Jackson-Girls aus der Scala, die man hierher transportiert hat. Dann darf man Powers Tanzelementen nicht vergessen, Dickhäuter voller Eleganz und Laune, denen nichts Menschliches fremd zu sein scheint. Lotte Werkmeister und Oskar Sobo zeigen ihre bekannte Glossierung des Berliner Wochenendes



Das war eine Bahnhofshalle.

„Beetend in Petersburg“. Obgleich hundertmal gespielt, wirkt alles noch frisch und unermittelt. Aber wer hat den doch ganz nett singenden drei Schwestern Frey den unglücklichen Rat gegeben, mit einem so „aparten Original-Repertoire“ auf die Bühne zu treten? „Teure Heimat“ und ähnliches sentimentale Gesänge übt ja heute nicht einmal der kleinste Gesangsverein. Das sollte sich auch der Rührer Plag energisch verbitten. Sonst war alles in guter Stimmung und das Orchester vortrefflich eingespielt. Es ist zu hoffen, daß sich das Haus nach einigen Wochen noch freundlicher präsentieren wird.

Den Lichtenberger Parteiveteranen!

50 Jahre bei der Partei! Ein halbes Jahrhundert treu zur Fahne gehalten, durch Freud und Leid, durch schweres Leid, unbedrückt den Weg gegangen, der zur Befreiung der Unterdrückten, zur Menschwerdung der Entrechteten führt! Genosse Elias ist der mächtigere Kämpfer, der Senior der Lichtenberger Parteigruppe, dessen Ehrenfest Sonntag im Vogen-Rufino, Knorrpromenade, festlich begangen wurde. Mit ihm zugleich wurden einige Genossen gefeiert, die bereits auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit zurückblicken können. Im festlich geschmückten, überdachten Saal wurde ein überaus reichhaltiges Festprogramm geboten. Nach einleitenden Musikvorträgen sang der Fichte-Georgia-Chor mit schönem Empfinden „Krönt den Tag“, „Dann wir schreiten“ und andere Stimmungspolle Freiheitlieder. Genosse Richter hielt die Festrede. Er gedachte der harten, schweren Kämpfe, die es von Anfang an zu bestehen galt und immer noch zu bestehen gibt, und er betonte, wie nur Einigkeit und Ausdauer zum Siege führen kann. In tief empfundenen Worten dankte er den Jubilaren für ihr treues Kampfergebnis und rief all den Jungen zu, es ihnen gleichzutun. Genosse Kamin registrierte Gebichte von Dehnel und Liliencron und heitere Schmarren von Aidenamus, dann folgte ein sehr wichtiger Dialog zweier Schulfreunde, was sie vom Sozialismus in seiner weltgeschichtlichen Bedeutung früher und jetzt zu hören bekamen: Der Junge, dessen Gehirnkasten vollgestopft ward mit den Ruhmestoten samt moderner Hebelgrößen, und das Mädel, das die lebendige Weltgeschichte und ihr Wesen kennt. Genosse Kämpfer brachte hierauf sehr hübsche Bilder: Bebel, Hörsing, Engels und Oberer erschienen, umrahmt von den Gruppen ihrer Getreuen. Zum Schluß brachte Kämpfer Weinert's Zeitschire „10 Jahre Republik“ ungeführt und „ohne Störung“ zum Vortrag. Musik, Gesang und ein fröhlicher Tanz ließen die Festgäste noch lange beisammen.

Kabarett der Komiker. Sehr lustig, ganz aufs Parodistische gestellt, präsentiert sich das Februarprogramm im Kabarett der Komiker. Da sind vor allem die Wienerinnen Billa und Emma Schwarz, die mit virtuosem Rhythmus Schlagern vom Donaustrand bringen. Das singt und stept und lacht und macht allerlei kunstvollen Stanz am Flügel, daß selbst dem nördlichsten Norddeutschen warm ums Herz wird. Wien hat noch einen äußerst repräsentativen Vertreter des Humors entsandt, Gisela Werbezeit, die in der Rolle „Einmal Hochzeit“ mit prächtiger Komik eine resolute Maskenverleiherin mimt, die um ihr altes modernes und deshalb geschätztes Töchterlein bangt. Sie geht heftig und unentwegt für diese auf die Freiersjagd, und zwar solange, bis sie einen findet — aber für sich selbst. Auf musikalisch-parodistischem Gebiet leistet Joe Termini, der schlafende Geiger, ganz Erstaunliches; er meistert mit Virtuosität und Humor die verschiedensten Instrumente, während Francis Dorn auf Miniatur-Mundharmonikas und auf einer von überdimensionaler Größe humorvoll konzertiert. Wiljares Brothers ist ein Meisterakt der Drahtseilkunst, Steffi Berinden ein äußerst biegsames Tanzairl. Max Hansen, der beliebte Operettenkomiker, erntet Beifallsstürme für seine „Kriederite“-Parodie, worin er den östlichen „Richard“ humorvoll verpöfelt. Maria Rex und Paul Nikolous konfizieren das Programm mit Witz und Laune.

Jungsozialisten.

Gruppe Reußla. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, Barock, Bonghofstraße. Vortrag: „Wirtschaftslehre“.

Geburtstage, Jubiläen usw.

8. Wkt. Genosse Bergfeld feiert heute seinen 78. Geburtstag. Er ist der älteste Genosse im eigentlichen Sinne und hat 30 Jahre aktiv und lebhaft an der Parteiarbeit mitgenommen. Herzliche Glückwünsche.
104. Wkt. Niederbühnerweibe. Unserem lieben Genossen Stedding und seiner Gattin zu ihrem 25jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche der Abteilung.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

14. Wkt. Am 2. Februar verstarb unser alter Genosse Robert Heibich, Hammerstr. 24. Erhe seinem Andenken Gedenksprechung heute, Mittwoch, 8. Februar, 18½ Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße.
43. Wkt. Am 20. Januar verstarb unser langjähriger Genosse Ernst Wünsch, Erhe seinem Andenken. Die Gedenksprechung hat bereits stattgefunden.
96. Wkt. Reußla. Am 4. Februar verstarb unser Genosse Oskar Fabell, Kirchhoffstr. 33. Erhe seinem Andenken. Gedenksprechung am Donnerstag, 7. Februar, 18 Uhr, im Krematorium Baumhauenseweg.
122. Wkt. Diebarts. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Genosse Bill Wittner am 1. Februar verstorben ist. Erhe seinem Andenken. Gedenksprechung am Donnerstag, 7. Februar, 14 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Neukölln, Mariendorfer Weg.
132. Wkt. Wittenberg. Am 2. Februar verstarb ganz unerwartet unsere liebe Genossin Anna Josenka, Friedländerstr. 23. Erhe ihrem Andenken. Gedenksprechung am Donnerstag, 7. Februar, 17½ Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladung zum diesjährigen Winterfest am 20. Februar, Berlin S 20 68, Lindenstraße 2.
Defestliche Studentenabteilung der S.S. Dienstag, 12. Februar, Sitzungssaal des ehemaligen Herrnhauten, Leipziger Str. 3. Reichsminister Genosse Geyerling, spricht über: „Sozialpolitik“, Eintritt 20 Pf. Rationen sind im Sekretariat zu haben.
Abrechnung der Beiträge vom heute zwischen 17 und 19 Uhr.

Abteilungsverfammlungen heute 19½ Uhr:

Gesundbrunnen II. Schulz, Eichenallee 23. — Friedrichshagen: Beim Diebartsstr. 5-6. — Petersburger Viertel: Beim Tilitzer Str. 4. — Reichensberg Viertel: Beim Ficker Str. 7-9. — Charlottenberg-Nord: Beim Oberstraße. — Kottbus: Schulz, Schulstraße. — Tempelhof: Beim Germaniastraße 4-6. — Köpenick: Beim Schützstr. 1. bei Bohr. — Falkenberg: Gemeindefriedhof (Gutshof). — Friedrichshagen: Beim Diebartsstr. 27. — Friedrichshagen: Beim Wittenbergstraße Ecke Schloßstraße. — Wittenberg-Witte: Beim Schornbergstr. 29.

Wedding: Beim Turiner Ecke Seestraße. Vortrag: „Proletarische Kunst, Theater, Musik“. — Wilmersdorf: Beim Dittmer Str. 18. Vortrag: „Die deutsche Revolution in ihren Anfängen und ihrer Entwicklung“.

Werbebezirk Schönberg: Bildungsanstalt: „Das kommunistische Manifest“. Schule Schönberg, Am Werderpark.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Die Werbebeiratsmitgliederversammlung mit dem Thema: „Das Werbeprogramm der Partei und die Arbeiterjugend“. Referent: Genosse Heinrich Stedding, findet nunmehr am 20. Februar, in der Schulanla der Schule Prenzlauer Höhe 226 statt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin S 20 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2. Rep., rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Freitag, den 8. Februar, 18 Uhr. Sitzung des erweiterten Vorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstraße 3, 4. Hof, 4. Tr. Wichtige Tagesordnung.

Heute, Mittwoch, 6. Februar.

17. Wkt. Die Bezirksleiter werden gebeten, die Monatsheft „Unser Weg“ vom Genossen Höhn abzuholen.
26. Wkt. „Unser Weg“ ist von Walter, Meier Str. 27, umgehend abzuholen.
28. Wkt. Die Genossen unterziehen durch ihren Besuch die Veranstaltung in der weißen Schule am Sonntag, 10. Februar, Dichtelroderstr. 4-5. Karten beiseite aber beim Abteilungsleiter. — Bezirk 129 E. Heute, Mittwoch, 19 Uhr. Vorbereitung zu einer Besichtigung am 2. Februar im Lokal von Ende.

Morgen, Donnerstag, 7. Februar.

5. Wkt. 20½ Uhr bei Schumann, Partische 7, Funktionsprüfung.
24. Wkt. 19½ Uhr bei Busch, Tilitzer Str. 7, Funktionsprüfung.
25. Wkt. Reußla. 19½ Uhr im Lokal Schaner, Kottbomer Str. 91 Ecke Weiserstraße, Funktionsprüfung. Bericht vom Bezirksparteitag.
114. Wkt. Lichtenberg. 19½ Uhr bei Schwarz, Gabriel-Weg-Str. 17, Vorstands- und Funktionsprüfung.

134. Wkt. Wkt. Freitag, 2. Februar, 20 Uhr. Vorstands- und Funktionsprüfung bei Geyerling, am Schloß.

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Wedding. Donnerstag, 7. Februar, 19½ Uhr, Ledigenheim, 5. Stad. Sitzungssaal, Arbeitsausführung. Sämtliche Mitglieder des Arbeitsauschusses, Abteilungsleiter der Arbeiterwohlfahrt und Mitglieder der Hochauschüsse müssen unbedingt erscheinen. Tagesordnung: 1. Arbeitsaufstellung und Übernahme der Arbeiten der Hochauschüsse. 2. Verschiedenes.
4. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 7. Februar, Ausföhrung, 19½ Uhr, bei Wolf, Gräberstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftskeller Berlin S 14, Seeböckstr. 1733, Hof 2 Tr.
Mittwoch, 6. Februar. Friedrichshagen. Kameradschaft Franzfurt. Aufgehungen am Mittwoch, dem 5. Februar, 1. Zug bei Pombe.
2. und 3. Zug in den bekannten Lokalen. Erscheinen Pflicht. Alle Mitglieder treten um Umlauf mitbringen. — Schönberg-Friedenau. Kameradschaft Friedenau. Kameradschaftsversammlung: Bericht über die Generalversammlung des Ortsvereins, bei Rauscherhof, Pottstr. 3 Ecke Göttingstr., 20 Uhr. Kameradschaft Holzhaus. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung. Finanzlaufe, Wählverfahren des Sam. — Falterloberleutnant Patzsch, Erscheinen Pflicht. — Donnerstag, 7. Februar. Reichshagen (Ortsverein). Die Vorstandswahl findet Donnerstag bei Pochhaus statt. Festsaalstraße Ecke Schloßholzer Weg. — Freitag, 8. Februar. Wedding. 20 Uhr Sitzung sämtlicher technischer Funktionäre bei Erenel, Schwedestr. 13. Sämtliche Quartier 20 Uhr Turnhalle Völkischer Straße 4. Hermsdorf. Kameradschaft. 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Ostend. — Kreuzberg. Zug 4 von 4 Uhr am 17. Februar im Kabeles Kottb. Friedrichstr. 29. ein Winterfest beginnt 18 Uhr. Einladungen am 7. Pf. End beim Kameraden Ernst, Dittmerstr. 18, zu haben. — Reichs-Ring. Kameradschaft. Oskar Wald, 2. Kameradschaft. 18 im 71. Ehrenreihe verflochten. Gedenksprechung am 7. Februar, im Krematorium Baumhauenseweg, um 18 Uhr. Poze Beteiligung dringend erwünscht. — Schöneiche (Kameradschaft). Sitzung. Kameraden! Am Freitag, 8. Februar, bei Wiedemann, Mitgliederbesprechung. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Mitglaubhaber kommen zur Ausgabe.

Russisches Mandolin-Orchester 66, Donnerstag, 20½ Uhr. Uebungstheater im Vereinshaus „Vinea“, Dinstaplatz 7. Musikspieler sind freundlich eingeladen.

Bitte Sie richtig gehört? Jamohl! Tatsächlich gibt es 26 verschiedene Waggisuppen und Sie — die erfahrene Hausfrau — konnte bislang nur 3 Corien, Schnell überlegt Sie, daß man so fast jeden Tag im Monat eine andere gute Suppe auf den Tisch bringen könne. Sie setzen Ihren Gedanken in die Tat um und laden unter genauer Beachtung der einfachen Kochanweisung auch noch andere Waggisuppen. Alle mundeten vortrefflich; jede hatte ihren natürlichen Geschmack.

Funkwinkel.

Alfred Wolfensteins Drama „Die Nacht vor dem Beil“ erlebte seine Uraufführung in Erfurt mit großem Erfolg. Jetzt konnte Berlin wenigstens durch den Rundfunk Bekanntheit mit dem Werk machen. Und man begriff die erschütternde Wirkung, die dieses Drama bei allen Menschen haben muß, es packt in tiefer Seele, weil es eine Anklage gegen eine der größten Schanden der Menschheit ist, eine Anklage, die nicht sinnlos hervorgerichtet, hervorgeführt wird — sondern die mit feinsten juristischer Schärfe begründet ist. Nicht der Mörder ist schuldig, sondern die Gesellschaft, die ihn hervorbringt, die den Menschen zum Geborenwerden zwingt, und die ihn dann in Hunger und Not vertommen läßt; die Gesellschaft ist schuldig, die Todesurteile fällt, obwohl sie zu feige ist, diese Urteile selber zu vollstrecken; die Gesellschaft ist schuldig, die Henker zu ihren Beamten macht, mit fester Besoldung und Pensionsberechtigung, bis den Henker, den Mörder und seinen Mord amtlich abtempelt und gutheißt. Dieses aufwühlende Drama ist von einer Kraft des Ergebnisses, die die Dialoge in knappster, härtester Schärfe vorwärtspeißt. Die Wirkung wurde durch die Regie unterstützt, die alles Breite, jede Pause vermied und die Handlung unauflöslich durch die Todesnacht hegte.
Hinterher — wer konnte auf diese unmenschliche, unheimliche Idee verfallen? — lehte mit einem flotten Tanz die Unterhaltungsmuß ein, um die Zeit bis 22 Uhr auszufüllen. Tea.



Das Schicksal der IRO.

Wird die internationale Rohstahlgemeinschaft erneuert?

In diesem Jahre läuft der Vertrag des ersten großen internationalen Stahlvertrages ab. Bis zum 1. Mai 1929 ist den einzelnen Landesgruppen die Möglichkeit gegeben, die Kündigung zum 31. Oktober dieses Jahres auszusprechen. Am 14. März findet die über das künftige Schicksal der IRO entscheidende Sitzung statt. Die gegenwärtig geführten Debatten um die Erneuerung des Kartells zeigen, wie dieses Ereignis in allen Ländern beurteilt wird. Aus den Erörterungen geht aber auch hervor, daß keineswegs überall eitel Freude über die IRO herrscht, sondern weitgehende Ansprüche von den einzelnen Gruppen geltend gemacht werden. Bei der deutschen Gruppe zeigt sich eine tiefgehende Kartellmüdigkeit. Dies ist besonders zu beachten, weil die Gründung dieses ersten internationalen Kartells für Rohstahl von Deutschland hauptsächlich betrieben wurde. Nur hier bestanden die genügenden Erfahrungen und legten Endes auch die Beispiele für den Aufbau derartiger Kartellgebilde.

Woher kommt die deutsche Kartellmüdigkeit?

Als die IRO am 30. September 1926 ins Leben trat, hatte Deutschland eine schwere Krise zu überwinden. Nicht zuletzt deshalb kam Deutschland in der Quotenbemessung schlecht weg. Die Geschichte der IRO ist ausgefüllt von heftigen Kämpfen um die Erweiterung der Quote. Es ist das Schicksal einer jeden kartellartigen Bindung, daß der vordem auf offenem Felde ausgetragene Konkurrenzkampf in den Auseinandersetzungen über die Quote am grünen Tisch seinen Fortgang findet. Wenn dies bereits bei nationalen Kartellen der Fall ist, so nicht minder in überstaatlichen Kartellen. Das heftige Reiben an der Quotenbede hat in der IRO zu mannigfachen Erschütterungen geführt. Dennoch kann schon heute behauptet werden, daß ernsthaft auf keiner Seite eine Beilegung derselben gewünscht wird. Paßte sich die im Jahre 1926 festgesetzte Quote der IRO der deutschen Produktion einigermaßen an, so sind die Produktionsergebnisse in den nachfolgenden Jahren weit darüber hinausgegangen. Die in der IRO zusammengeschlossenen Hauptländer hatten folgende Produktionsentwicklung in den letzten Jahren zu verzeichnen:

	Deutschland	Frankreich	Belgien	England
	(in 1000 Tonnen)			
1925	12 195	7 446	2 373	2 080
1926	12 341	8 430	3 289	2 261
1927	16 311	8 275	3 605	2 471
1. Quartal 1928	4 217	2 297	924	638
2. " 1928	3 708	2 327	932	632
3. " 1928	3 837	2 303	965	641
4. " 1928	2 756	2 460	1 000	660
Insgesamt 1928	14 517	9 387	3 821	2 572
Quartalsquote bei der IRO	3 161	2 283	846	608

Diese Ausfüllung ist sehr ausschlagreich. Deutschland hatte im Jahre 1927 eine wesentliche Produktionssteigerung, namentlich infolge der günstigen Inlandskonjunktur, zu verzeichnen. Im Jahre 1928 hat diese Entwicklung nur im ersten Quartal angehalten. Im verfloßenen Jahre ist die Produktion wesentlich zurückgefallen. Dagegen haben die drei übrigen Länder eine starke Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gehabt. Hatte in früheren Jahren nur Deutschland die vorgegebene Quote wesentlich überschritten, so zeichnet sich das Jahr 1928 darin aus, daß auch die übrigen Länder weit über die vertragsmäßige Quote hinaus produziert haben. Namentlich das letzte Vierteljahr 1928 zeigt eine starke Quotenüberschreitung von Frankreich und Belgien, während Deutschland infolge des Streits den zugehörigen Anteil nicht erzielte. Folgende Zusammenstellung macht dies deutlich (Quotenüberschreitung (+), Quotenunterschreitung (-)):

	Deutschland	Frankreich	Belgien	England
1. Quartal 1928	+ 1036	+ 14	+ 78	+ 30
2. " 1928	+ 547	+ 44	+ 86	+ 24
3. " 1928	+ 676	+ 20	+ 119	+ 33
4. " 1928	- 405	+ 117	+ 154	+ 52

Seit Bestehen der IRO hat Deutschland rund 40 Millionen Mark Strafe für die Quotenüberschreitungen bezahlen müssen. Diese bedeutungsvolle Summe ist den übrigen Ländern zugute gekommen. Die Konkurrenzfähigkeit, namentlich Frankreichs, ist durch die deutschen Strafsummen gestärkt worden. Man hat die Zwangslage Deutschlands, seine Quote infolge einer günstigen Inlandskonjunktur zu überschreiten, teilweise

anerkannt, was in der Staffelung der Strafzahlungen zum Ausdruck gekommen ist. 72 Proz. der Uberschußquote gelten als Inlandsanteil und 28 Proz. als Auslandsanteil. Für den Inlandsanteil muß 1 Dollar und für den Auslandsanteil 4 Dollar Strafe gezahlt werden. Doch mußte dafür eine Beschränkung der Ausfuhr auf ein Kontingent von 300 000 Tonnen monatlich in Kauf genommen werden. Es ist noch nicht sicher, wie hoch die Abgeltung ist, die Deutschland für die Minderproduktion im letzten Vierteljahr erhalten soll. Vertragsmäßig hätte Deutschland nur für 10 Proz. der Quote, also für 316 000 Tonnen, eine Abgeltung von je 2 Dollar zu fordern. Die deutsche Gruppe wird weniger darauf Gewicht legen, diese Zusätze zu erhalten; vielmehr wird man bestrebt sein, einen Teil der Quotenunterschreitung in dem jetzt laufenden Vierteljahr nachzuholen.

Welche Aussichten hat die Erneuerung des Vertrages?

Es wurde bereits einleitend bemerkt, daß wohl von keiner Seite eine direkte Kündigung zu erwarten ist. Deutschland wird versuchen, eine Erhöhung seiner Quote durchzusetzen. Inwiefern dies gelingt, steht jetzt noch nicht fest. In Frankreich soll die Meinung bestehen, den deutschen Wünschen etwas entgegenzukommen. Daneben besteht aber die Möglichkeit, daß andere Länder, namentlich Belgien und die mitteleuropäische Gruppe (Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn) dann ebenfalls höhere Ansprüche stellen werden. Der Kampf in den nächsten Wochen wird sich also darum drehen, die Wünsche Deutschlands auf Erhöhung der Exportquote auf ein Mindestmaß herabzuschrauben. Inwiefern sich Deutschland mit diesen Bestrebungen einverstanden zu erklären vermag, wird die Zukunft lehren.

Bei den zukünftigen Verhandlungen wird auch die Frage der Bildung internationaler Verkaufsvverbände eine Rolle spielen. Bekanntlich gelang es nur für Schienen, Röhren und Walzdraht internationale Verbände zu errichten. Der Internationale Drahtverband besteht nur noch auf dem Papier. Die deutsche Gruppe hatte bei der Gründung der IRO die sichere Hoffnung, daß die Bildung von internationalen Verkaufsvverbänden sich bald verwirklichen ließe. Das ist ein Trugschluß gewesen. Auch für absehbare Zeit besteht kaum die Möglichkeit, die Bildung von Exportverbänden über das bisherige Resultat hinauszutreiben. So wird es auch in dieser Sache der deutschen Gruppe nicht leicht gemacht, einer Verlängerung des Vertrages der IRO ohne weiteres zuzustimmen.

Die Gegenläufe innerhalb der deutschen Gruppe.

Eine nicht unwesentliche Tatsache sind aber die verschiedenartigen Auffassungen in der deutschen Gruppe über die Kartellierung und ihre Wirkungen überhaupt. Eine extreme Gruppe unter Führung der Guischoffnungshütte (ihre Anlagen sind sehr niedrig bewertet) verneint eine günstige Wirkung der internationalen Kartellierung. Auch geht von dieser Seite das Bestreben, die deutschen Eisenkartelle lockerer zu gestalten. Man ist der Meinung, daß die straffe in- und ausländische Kartellierung nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Man würde es gern sehen, einmal in offener Feldschlacht den großen Konkurrenten etwas mehr Luft zu verschaffen. Bekanntlich kaufen die deutschen Eisenkartelle, wie auch das internationale Röhren- und Schienenkartell, im Jahre 1930 ab. Die Jahre 1929 und 1930 sind also gekennzeichnet durch eine Erneuerung des Verbandswesens auf nationaler und internationaler Basis. Man darf gespannt sein, wie die Gegenläufe gemildert werden können, damit die einheitliche Stoßkraft wieder hergestellt wird.

Zweifellos hat die internationale Stahlkartellierung zu einer Annäherung der mitteleuropäischen Eisenländer geführt. Sie war nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch von großer Bedeutung. Auch aus rein politischen Gründen wird eine Auflösung der IRO möglichst vermieden werden. Aber die Verhältnisse sind doch in mancher Beziehung anders geworden. Stand die Bildung der IRO in enger Beziehung mit dem deutsch-französischen Handelsvertrag, so ist dies fördernde Moment heute nicht mehr vorhanden. Wie dem aber auch sei, es wird ein scharfes Geplänkel um die Erneuerung der IRO geben. Trotzdem wird nach sicherer Voraussicht das Schicksal derselben auch für die fernere Zeit gesichert sein. Paul Ufermann.

Die Rote der britischen Schwerindustrie.

260 Millionen Mark Verlust bei Armstrong Whitworth.

Der englische Montan- und frühere Rüstungskonzern Armstrong Whitworth steht jetzt vor einer finanziellen Sanierungsaktion, deren Programm in aller nächster Zeit veröffentlicht wird. Bereits zu Beginn des vorigen Jahres wurde bekannt, daß die Verluste dieses Montankonzerns fast das gesamte Aktienkapital von rund 200 Mill. Mark erreichen würden. Nach den letzten Mitteilungen beläuft sich der Gesamtverlust bei diesem Unternehmen auf weit mehr als 250 Mill. Mark, so daß also die Verluste das Gesamtkapital noch um ein Viertel übersteigen.

Die Schwierigkeiten in der englischen Montanindustrie hatten schon in den letzten Monaten zu mehreren bedeutenden Zusammenstößen geführt. So hat die Armstrong-Gruppe ihre sämtlichen Rüstungsbetriebe mit dem zweiten großen britischen Rüstungskonzern von Vickers zusammengelagert und die neue Rüstungsgruppe Vickers-Armstrong gegründet. Kurze Zeit darauf erfolgte der nächste und wichtigste Schritt in der Neugruppierung der britischen Stahlindustrie durch die Gründung eines englischen Stahltrusts, der English Steel Corporation. Dieser Trust, der mit einem Kapital von 700 Mill. Mark ausgestattet werden soll, umfaßt sämtliche Stahlbetriebe der alten Vickers-Gesellschaft, der kürzlich zusammengeschlossenen Vickers-Armstrong-Gruppe und die Stahl- und Eisenbetriebe des dritten großen englischen Montankonzerns von Cammell Laird & Co. Die letztere Gruppe, die auch über bedeutende Waggonwerkstätten verfügt, verformt zu gleicher Zeit ihre Waggonbetriebe mit den führenden englischen Wagenbauunternehmungen.

Die britische Stahlindustrie führt also jetzt, durch die Verlustwirtschaft gezwungen, eine großartige Rationalisierung durch, die die englische Stahlproduktion auf eine ganz neue Basis stellt. Es ist bekannt, daß die englischen Stahlmagnaten seit einem Jahr einen heftigen Kampf für Eisenzölle führen. Wie der „Economist“, die führende Wirtschaftszeitung in England, aber nachhört, ist das Sinken der englischen Stahlproduktion nicht auf erhöhte Einfuhr zurückzuführen, sondern zugleich mit

dem Rückgang der Stahlwertproduktion in England hat sich die Einfuhr von Stahl im letzten Jahr um 130 000 Tonnen gegen 1927 verringert. Die Behauptung der englischen Schutzzöllner, daß die britische Produktion durch die Einfuhr von Stahl gebremst würde, und daß eine Drosselung der Einfuhr die Lage der Stahlwerke in England verbessern würde, ist also unzutreffend.

Der Kaliabfah im Januar.

Der Abfah des Deutschen Kalisubstrats im Monat Januar betrug 1,64 Mill. Doppelzentner. Reinkali gegen 2,01 Mill. Doppelzentner im Januar vorigen Jahres. In den ersten neun Monaten des laufenden Düngejahres, also von Mai bis Januar, wurden insgesamt 9,46 gegen 8,52 Mill. Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des letzten Düngejahres abgesetzt. Der ziemlich erhebliche Rückgang im letzten Monat gegenüber dem Januar 1928 dürfte vorübergehender Natur sein; der Mehrabfah des laufenden Düngejahres von 1 Million Doppelzentnern bleibt immer noch sehr groß.

Große Uberschüsse der Reichspost.

Die Monatslöhne der Reichspostarbeiter.

In der Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost teilte Reichspostminister Dr. Schädel mit, daß trotz der schlechten allgemeinen Konjunktur das verfloßene Jahr für die Reichspost sehr befriedigend verlaufen sei. Es sei eine Mehrernte von 20 Mill. Mark erzielt worden, die zum Teil dazu verwendet werden könne, weiter für Beschaffung von Fernsprechapparaten, für weitere Automatisierung des Fernsprechwesens, für die Beschaffung von Bahnpostwagen und für andere Verkehrsverbesserungen zu sorgen. An das Reich könnten 10 Mill. mehr abgeliefert werden.

In der letzten Aussprache wurde die Frage erörtert, ob nicht eine Gehührenermäßigung vorgenommen werden könnte. Von der Reichspostverwaltung wurde dazu erklärt, dieser Gedanke könne erst ins Auge gefaßt werden, wenn sich die Finanzlage der Post weiter so günstig entwickelt wie im letzten Jahr.

Reichstagsabgeordneter Genosse Steinkopf stellte fest, wie richtig der Widerstand gegen die zu weitgehende Gehührenermäßigung gewesen sei. Man hätte damit vorsichtiger sein sollen. Gegenwärtig sei aber eine Korrektur nicht angängig, man müsse abwarten, ob die Einnahmen stabil bleiben. Staatssekretär Sauter erklärte, wenn die günstige Entwicklung anhalte, dann werde man die Frage einer Gehührenermäßigung ins Auge fassen müssen. Genosse Bender forderte, daß weitere Uberschüsse für Verbesserung der Arbeiterlöhne verwendet werden müßten. Jetzt seien die Löhne zu niedrig. Ein verheirateter Arbeiter mit einem Kind könne von einem Nettowochenlohn von 26,30 M. nicht leben. Diese Löhne lägen noch tiefer als im Hungerbrot Waldenburg. Er beantragte die Vorlage einer Denkschrift über die Arbeiterlöhne bei der Reichspost und verlangt Entgegenkommen bei den kommenden Lohnverhandlungen.

3 Milliarden importierte Eier zu sparen?

Ein Zeichenschuß „Deutsches Frischel“.

Die Frage, wie man der deutschen Agrarkrise Herr werden kann, auch durch eine eventuelle Umstellung der Produktion, ist wichtig und ernst. Die Auffassung ist heute ziemlich allgemein, daß man von einer extensiven Rohstoff- zu einer intensiven Viehproduktionswirtschaft kommen muß und daß nur auf diesem Wege, nicht aber durch die rohen Mittel des Zollschutzes und der Subventionen auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln eingeschränkt werden und damit eine Entlastung der Handelsbilanz erfolgen kann. Summenmäßig nicht entscheidend, aber doch sehr wichtig ist dabei die Möglichkeit, durch die Einführung besserer Hühnerzuchten, durch die Vermehrung der Begehüner, durch eine rationelle Hühnerwirtschaft und durch Standardisierung der Eier, soweit als möglich die rund 300 Millionen Mark Einfuhr für ausländische Eier überflüssig zu machen.

In dieser Richtung hat der Deutsche Landwirtschaftsrat jetzt einen wichtigen Schritt getan. Um die deutschen Eier in großen Mengen, in einwandfreier Qualität, einheitlicher Sortierung und Verpackung auf den Markt bringen zu können, hat er beim Reichspatentamt die Eintragung eines Einheitsverbandszeichens „Deutsches Frischel“ durchzuführen lassen. Für die Verwendung dieses Verbandszeichens durch Landwirtschaftskammern und die verschiedenen Eierabfah- und Eierwertungsorganisationen kamen nach eingehenden Verhandlungen Rahmenbestimmungen zustande, so daß die Abstempelung der durch die Abfahorganisationen erstellten deutschen Eier mit dem neuen Einheitsstempel nunmehr erfolgen kann. Bei jeder Landwirtschaftskammer und unter deren Leitung ist eine amtliche Kontrollstelle für das deutsche Frischel zu schaffen, die zugleich den Verbrauchern von Eiern als Beschwerdestelle angezeigt wird. Weiter ist vorgeschrieben, daß die Eier nur nach erfolgter Durchleuchtung und Sortierung abgestempelt werden dürfen, und zwar nur solche Eier, die nicht länger als sieben Tage beim ersten Abfließen gelagert haben.

Dieser Schritt ist sehr zu begrüßen; es wird aber noch außerordentlich viel zu tun sein, um durch bessere Hühnerzucht und rationellere Hühnerwirtschaft die drei Milliarden Stück ausländische Eier wirklich überflüssig zu machen, die 1928 noch eingeführt werden mußten.

Zur Lage der Landwirtschaft.

Kurzweilige Lügen der „Grünen Woche“.

Nach einer Erhebung des Deutschen Landwirtschaftsrats befanden sich am 15. Januar 1929 noch 45 Proz. des geernteten Winterweizens in der Hand der Produzenten gegenüber 46,8 Proz. am 15. Januar 1928. Beim Sommerweizen waren es 66,1 Proz. (77,1 Proz. im Vorjahr), beim Winterroggen 46,2 Proz. (39,8 Proz.), bei Wintergerste 25 Proz. (22,5 Proz.), bei Sommergerste 41,5 Proz. (36,4 Proz.), bei Hafer 62,9 Proz. (61,1 Proz.), und bei Kartoffeln 54,4 Proz. (30,8 Proz.).

Da die Ernte 1928 viel größer war als die Ernte 1927, verfuhr die Landwirtschaft gegenwärtig ohne Zweifel über größere Mengen, besonders über größere Weizen- und Roggenbestände als im vorigen Jahr. Das ist für die Entwicklung der Einnahmen der Landwirtschaft von großer Bedeutung, weil die Preise für Brotgetreide in den letzten Wochen ansteigende Tendenz zeigen. Die während der „Grünen Woche“ vielfach in Umlauf gefasste Behauptung, die Landwirtschaft habe schon ausverkauft und profitiere kaum noch an den höheren Brotgetreidepreisen, trifft also nicht zu.

Neue öffentliche Inlandsanleihen. Die deutschen Länder und Kommunen scheinen zur Ergiebigkeit des deutschen Kapitalmarktes ein ziemlich großes Vertrauen zu haben. Die Stadt Bonn verfuhr in diesen Tagen die Auslegung einer Anleihe von 7 Millionen Mark, die mit 8 Proz. verzinst ist und mit einem Kurs von 93,25 Proz. erworben werden kann. Die Anleihe ist für die Erweiterung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und für den Ausbau von Straßenbahnen bestimmt. — Dem braunschweigischen Landtag hat ferner der bürgerliche Finanzminister einen Antrag vorgelegt, durch den eine 15-Millionen-Anleihe, ebenfalls mit 8prozentiger Verzinsung, für den Staat Braunschweig (sobald als möglich beschafft) werden soll. Der Erlös soll Ausgaben für den Wohnungsbau, neue Straßenbauten und die Fortführung des Mittellandkanals decken. Für beide Anleihen hat die Preussische Staatsbank (Seehandlung) die Führung des Bankkonfortums übernommen.

Guter Betriebsstand in Dampfesselmotoren. Im Gegensatz zu der Dauerkrise im Dampflokmaschinenbau, die sich mit zunehmender Elektrifizierung der Bahnlinien noch verschärfen wird, ist die Betriebslage für die Dampfesselmotoren nach recht günstig. So konnte die deutsche Gesellschaft der Babcock & Wilcox & Co. Kesselwerke in Berlin für das letzte Geschäftsjahr nicht nur eine Dividende von 9 Proz. zahlen, sondern außerdem noch vom Reingewinn eine halbe Million in Reserve stellen. Der Auftragsgang in den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahres stand, wie die Vermitlung auf der Generaterversammlung erklärt, vollkommen auf der Höhe des Vorjahres, so daß bei der gegenwärtig guten Beschäftigungslage mit dem gleichen hohen Gewinnergebnis für das laufende Jahr gerechnet werden kann.

Von den Bergh kaufte das Gebilde der Mitteldeutschen Kreditbank (wird mit Commerz- und Privatbank vereinigt) mit den dazugehörigen Grundstücken in der Burastraße für zehn Millionen Mark, um die Verwaltung seiner deutschen Interessen (drei Viertel der deutschen Margarineindustrie) in Berlin zusammenzufassen.



STAATL.
Kornmehls Mischmehl
FACHINGEN

**Für die
Gesundheit!**

Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 164, Tel. Lützow 5246-41

Arbeitslosendebatte im Reichstag.

Wissell und Brey brandmarken die kommunistische Demagogie.

Im Reichstag ergriff zu Beginn der Dienstagssitzung vor der Tagesordnung

Abg. Graf Westarp (Dnat.) das Wort: In einer Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrproblem“ sind landesverräterische Äußerungen verschiedener Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion enthalten. (Hört, hört rechts, Gelächter links.) Ja, in dieser Broschüre wird der Landesverrat geradezu zum Prinzip erhoben und als berechtigte Handlung dargestellt. (Der Redner zitiert einige Sätze.) Wir haben eine Interpellation eingebracht, in der wir die Reichsregierung fragen, ob sie es mit der Würde des Reiches für vereinbar hält, daß der Reichskanzler und andere Reichsminister einer Partei angehören, aus deren Mitte der Landesverrat empfohlen wird. Wir bitten, die Regierung zu fragen, ob sie diese Interpellation beantworten wird, und außerdem bitten wir den Präsidenten, Maßnahmen gegen die Ungeheuerlichkeit zu treffen, daß auf der Broschüre das Reichstagsgebäude als Verlagsort und Adresse der Herausgeber angekündigt ist, somit das Reichstagsgebäude zur Verbreitung landesverräterischer Tendenzen mißbraucht wird. (Beifall rechts, Heiterkeit und ironische Rufe links.)

Präsident Löbe: Die Interpellation ist mir noch nicht zugegangen, ich kann also in dieser Sache noch nichts veranlassen.

Darauf beginnt die Erwerbslosendebatte.

Der Beratung liegen zugrunde: eine Interpellation und ein Antrag der Kommunisten; der sozialdemokratische Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen, deren Bezugsdauer allgemein auf 52 Wochen zu verlängern und für Unterbringungsempfänger, die über 40 Jahre alt sind, auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen; ein Zentrumsantrag wünscht Maßnahmen zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung der sozialen Versicherung unter Erweiterung der Selbstverwaltungen, weiteren Ausbau und Abstellung nachweisbarer Mängel; die Wirtschaftspartei beantragt einen Gesetzentwurf, wonach die Arbeitslosenversicherung auch für die Zeit gemindert wird, in der ein Bezugsberechtigter aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeschieden ist, um in seinem eigenen oder in einem fremden Betrieb ohne Entschädigung tätig zu sein, Inhaber von Gewerbetrieben sollen keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben; ein deutschnationaler Antrag wünscht Beilegung der Härten des Gesetzes für die betroffenen Länder, Gemeindevorstände und Gemeinden.

Zur Begründung der Interpellation, sowie des KPD-Antrages auf Erweiterung der Bezugsberechtigung spricht

Abg. Jadasch (Komm.): Die Not legt die Arbeitslosen in Bewegung, und das hat Präsident Löbe durch seine Ausnahmebestimmung gegen unsere Fraktion und gegen die Erwerbslosen, die als Zuhörer hierher kommen, bestätigt. Erwerbslose, wenn man auch das Wort vorenthält, müßt ihr es auch unbeachtet der Summenhüpfel der Polizei hören. Der Unterstützung der KPD könnt ihr (so lest er ab) „gewillt“ sein.

Präsident Löbe stellt gegenüber einer Behauptung des Vorredners richtig, daß die Regierung sich nicht bisher geweigert hat, diese am 10. November eingebrachte Interpellation zu beantworten, sondern daß sie sich am 26. November dazu bereit erklärt hat. (Jadasch: Löbe als Mörder der Erwerbslosen!) So lächerlich dieser Zurschickel ist (lebhaftige Zustimmung), so muß ich Sie doch wegen der groben Beleidigung des Präsidenten zur Ordnung rufen. Ferner ist es nicht wahr, daß ich die Erwerbslosen vom Besuch der Reichstagstribüne ausgeschlossen habe; ich habe ihnen nur die Mitwirkung an den Reichstagsverhandlungen unterläßt und hinzugefügt, daß eine solche Mitwirkung auch in den russischen Parlamenten nicht erlaubt ist. (Heiterkeit und Zustimmung.) Endlich hat Herr Jadasch mir eine Äußerung zugeschrieben, das Erwerbslose fünf Rathäuser gefüllt hätten; eine solche Äußerung steht nicht im Reichstagsprotokoll, ich habe sie auch nicht getan, man findet sie nur in der „Roten Fahne“.

Reichsarbeitsminister Wissell:

(Von den Kommunisten mit lärmenden Rufen „Hungerminister“ usw. empfangen). Für mich ist die hier zur Erörterung stehende Frage mit allem Ernst und vom Herzen aus zu beurteilen (Geschrei bei den Kommunisten), so daß ich sie nicht wie der Vorredner mit Parteilichkeit verurteilen möchte. Der Vorredner hat den Arbeitsminister als einen Sachwalter der Bourgeoisie bezeichnet, ich nehme für die Regierung in Anspruch, daß sie sich in ihrem sozialen Verständnis und im Verstand der Not unserer Zeit von keinem der Herren links von mir auch nur im geringsten übertreffen läßt. (Wüßtes Geschrei der Kommunisten.) Was die Regierung über diese Fragen denkt, werden Sie in kürzester Zeit in einer Denkschrift lesen, die heute zunächst dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Darin jagt die Regierung:

„Die Erhaltung der Förderung der deutschen Arbeitskraft als des wertvollsten Kapitals, das Krieg und Inflation uns gelassen haben, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Nachkriegszeit gewesen. Dieser Aufgabe dient die soziale Versicherung; unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist sie eine produktive Ausgabe im besten Sinne des Wortes, an der zu kürzen nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit, sondern auch ein wirtschaftlicher Fehler wäre; denn auch die Arbeitskraft ist ein Teil der Wirtschaft, und die Sozialpolitik ist ein unentbehrlicher Bestandteil einer weiterschauenden Wirtschaftspolitik.“

So steht die Regierung in ihrer Besamtheit zu den uns hier beschäftigenden Fragen. Ich bin verpflichtet, meinen allgemeinen Ausführungen einige mehr persönliche und menschliche Bemerkungen vorzuschicken. (Geschrei bei den Kommunisten.) Der Vorredner scheint zu meinen, daß ich oder die Regierung die Arbeitslosensprobleme nichtern und nur vom Standpunkt des Gesetzgebers aus betrachte, nur seine wirtschaftlichen und finanziellen Zusammen-

hänge kennen und darüber das Menschliche vergessen, das Elend, das die Arbeitslosigkeit für den davon Betroffenen bedeutet. So ist es ganz gewiß nicht.

Zu sehr habe ich in meinem eigenen Leben Not und Elend kennenlernen müssen

(Lärmendes Gelächter und höhnische Zurufe der Kommunisten) zu einer Zeit, als noch keine Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenerziehung bestanden hat, als daß ich nicht genau wüßte, wie die Dinge liegen, und als daß ich nicht vollstes Verständnis hätte für die Not der aus der Produktion Herausgeschleuderten. Selbst wenn ich vergessen könnte, was ich in meinem eigenen Leben erfahren habe, würde ich immer wieder darauf hingewiesen, wie groß die Not ist, durch die Fälle von Berichten, die ständig im Reichsarbeitsministerium darüber einlaufen. (Lärmendes Geschrei der Kommunisten.) Sie haben für feilsche und menschliche Regungen offenbar kein Verständnis. (Stürmische Zustimmung fast des ganzen Hauses.) (Präsident Löbe fordert die Kommunisten zur Ruhe auf und hält ihnen vor, daß sie doch die Antwort auf ihre Anfrage gestatten müssen, sonst würden sie Gefahr laufen, in Zukunft überhaupt eine Antwort nicht mehr zu erhalten.) Um meine Antwort zu verstehen, die ich Ihnen am Schluß geben werde, müssen Sie auch die Beweggründe der Regierung kennenlernen. Wenn auch durch Mißtrauen und Unterstützung die Not der Arbeitslosen gemindert wird, noch schlimmer sind

Die feilschen Qualen des Wartens auf Arbeit.

(Mehrere Kommunisten werden wegen dauernder beleidigender Zwischenrufe, die sich auch nach Mahnung des Präsidenten nicht einstellen, zweimal zur Ordnung gerufen und ihnen für den dritten Ordnungsruf die Ausschließung angedroht.) Aus dem Elend der Arbeitslosen wollen Sie (zu den Komm.) Kapital für Ihre Partei schlagen. (Leb. Zust. bei den Soz.) Ich lege über ein Menschlein in der Sozialpolitik, wahrscheinlich länger als die meisten von Ihnen... (Neues Geschrei der Kommunisten, das die Worte des Ministers verschlingt.)

Wohlbekannt ist mir die Not der ärmsten Arbeiter und Angestellten, die keine Stellung mehr finden können. Und dabei ist doch jedem Menschen der Trieb eigen, seine Kräfte für seine Angehörigen und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen; welche körperliche und seelische Not muß entstehen, wenn diese Arbeitssuche dauernd erfolglos bleibt! (Sehr richtig.)

Die Arbeitslosigkeit ist auf eine erschreckende Höhe gestiegen; es sind augenblicklich 2,2 Millionen. (Widerspruch der Komm.) Wie man auf 3,2 Millionen kommen kann, ist mir ganz klar. Und dazu kommen noch 800 000 Kurzarbeiter. Die Zahl der Unterstützten ist um 600 000 höher als vor Jahresfrist. Am 15. Januar waren 2,8 Millionen Arbeitsuchende vorhanden; in dieser Zahl sind allerdings eine Reihe Doppelzählungen enthalten und auch jene Arbeitsuchenden gezählt, die heute noch in Stellung sind, aber eine andere Stellung suchen. Wer diese Zahlen auf sich wirken läßt und sie in ihre Bestandteile zerlegen kann, der weiß, was sie an Bitternis und Nummer umschließt. Zum Teil ist die Steigerung durch den scharfen Frost hervorgerufen, der nicht nur jede Außenarbeit, sondern auch viele Innenarbeiten unmöglich gemacht hat. Bei den Bauarbeitern beträgt die Steigerung 51 Proz., und der Anteil der Außenarbeiter an der Erwerbslosigkeit über 57 Proz. Nach der Statistik der Gewerkschaften ist die Kurzarbeit im Dezember 1928 mehr als doppelt so stark verbreitet als im vorigen Jahr, 7,5 gegen 3 Proz. Naturgemäß sind dadurch die Mittel der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sehr stark in Anspruch genommen. Von einem finanziellen Zusammenbruch der Anstalt zu sprechen, ist jedoch übertrieben. Der Rohstock von 105 Millionen Mark, den die Reichsanstalt durch die Beiträge im vorigen Sommer angehäuft hat, war zum Jahresabschluss erschöpft. Das hatte man jedoch seit längerer Zeit vorausgesehen und festgelegt, daß das Reich mit Darlehen eintreten muß, wenn der Rohstock und die Beiträge nicht mehr ausreichen. Die Beiträge dürfen nach dem Gesetz 3 Proz. vom Lohn nicht übersteigen. Diese 3 Proz. können in einer Zeit, wo der Arbeitsmarkt sich so stark verschlechtert, nicht ausreichen. (Hört, hört! rechts.) Um die Wirtschaft in einer solchen Zeit nicht mit noch höheren Beiträgen zu belasten, ist vorgeesehen, daß das Reich einspringt und daß diese Zuschüsse von der Reichsanstalt zurückgezahlt werden, wenn die Lage der Anstalt es ermöglicht.

Die Darlehen haben noch nicht eine solche Höhe erreicht, daß die Rückzahlung als ausgeschlossen erscheinen könnte.

Sollte das eintreten, dann wäre zu überlegen, ob der finanzielle Aufbau der Arbeitslosenerziehung unverändert beibehalten werden kann. (Lärmende Zurufe der Komm.) Sie müssen eben auch bereit sein, die Wege zur Erfüllung Ihrer Forderungen zu suchen. (Lebhaftige Zustimmung.)

Die Sonderfürsorge für die Saisongewerbe wird, wenn der Winter so streng bleibt, noch mehr in Anspruch genommen werden, jedoch trägt hier das Reich vier Fünftel der Kosten. Ob mit den 28 Millionen auszukommen ist, bleibt ungewiß. Man darf nicht vergessen, daß das Arbeitslosenerziehungs-gesetz der erste Versuch auf einem neuen und schwierigen Gebiet und daß man sich klar war, Änderungen für alle Zukunft nicht ausschließen zu können. Die Reichsregierung glaubt aber den Zeitpunkt für eine wesentliche Änderung noch nicht gekommen, da die Erfahrungen dazu noch nicht ausreichen. Bei der Krisenfürsorge, die in der Hauptsache auf Verordnungen beruht, sind Änderungen leichter möglich. Hierzu ist eine Reihe von Anträgen gestellt. Auch die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß angesichts der Entwicklung des Arbeitsmarktes die Zulassung weiterer Berufe zur Krisenunterstützung erfolgen muß, aber nicht etwa deshalb, weil bis jetzt auf diesem Gebiet nur wenig geschehen wäre; durch den Erlaß vom August sind fast alle Industrien und die gesamte Angestellten einbezogen worden; im vorigen Monat habe ich die

Präsidenten der Landesämter ermächtigt, auch die Textilindustrie einzubeziehen; in jüngster Zeit habe ich die Industrien der Steine und Erden und des Tabaks einbezogen, so daß bereits ein sehr großer Teil der Berufe zur Krisenfürsorge zugelassen ist.

Die Reichsregierung ist entschlossen, den Kreis noch wesentlich zu erweitern.

Ueber Einzelheiten werden wir den Verwaltungsrat der Reichsanstalt hören. Was die Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge betrifft, so zeigt die Statistik, daß trotz der hohen Arbeitslosenzahlen die Situation recht beträchtlich ist. Außerdem ist zu bedenken, daß die starke Verschlechterung des Arbeitsmarktes erst vor wenigen Monaten eingetreten hat und schon deshalb für die große Mehrzahl der Unterstützten die Aussteuerung noch gar nicht in Frage stehen kann, die doch erst nach 65 Wochen, in bestimmten Fällen sogar erst nach 78 Wochen eintritt. Angesichts dieser Umstände war die Reichsregierung bisher noch nicht zu überzeugen, daß es im Augenblick notwendig ist, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge noch weiter auszudehnen, sie wird aber auch hier selbstverständlich die weitere Entwicklung nicht aus dem Auge verlieren. (Lärmende Gegenrufe der Komm.)

Um die Arbeitslosen wieder der Beschäftigung zuzuführen, haben wir zunächst unsere Bemühungen um eine außerordentliche Arbeitsvermittlung fortgesetzt, besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten, was sich gut bewährt hat. Der Ausbau der Arbeitsvermittlung konnte erst erfolgen, nachdem die Reichsanstalt die Arbeitsämter übernommen hatte, also im vorigen Jahr. Sowohl nach der persönlichen wie nach der sachlichen Seite schreitet die Arbeit durchaus befriedigend fort zu dem Ziel, ein gleichartiges Reg. leistungsfähiger Unterstützungsstellen über das ganze Reich zu schaffen. Ferner hat sich das Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium bemüht, die

Erteilung öffentlicher Aufträge zu fördern und zu beschleunigen.

Die Reichsbahn hat zahlreiche Aufträge aus dem Programm für 1929 schon jetzt vergeben. Seit Jahresbeginn werden alle Beschaffungen der Reichsbahn über 20 000 M. dem Statistischen Reichsamt mitgeteilt, um eine Uebersicht zu schaffen. Vorauszusehen werden sich die Länder diesem Verfahren noch in diesem Jahr anschließen. Nach dem Aufhören des Frostes wird es gelingen, eine größere Zahl von Arbeitslosen bei öffentlichen Notstandsarbeiten wieder zu beschäftigen. Wir wissen bei all diesen Anstrengungen, daß die Arbeitslosigkeit durch die Mittel der Beschäftigung allein nicht beseitigt werden kann; sie beruht auf der gesellschaftlichen und politischen Lage Deutschlands, und Abhilfe kann nur aus der Veränderung unserer Lage kommen.

Deshalb sind auch die bevorstehenden Reparationsverhandlungen für unseren Arbeitsmarkt überaus wichtig, und ich möchte hoffen, daß alle Teilnehmer der Reparationsberatungen sich die Tage auf dem deutschen Arbeitsmarkt vor Augen halten.

(Lebhaftige Zustimmung.)

Die Reichsregierung glaubt, daß sie eine wesentliche Erweiterung der Krisenfürsorge vornehmen kann, nur auf die Berufe nicht, bei denen von einer dauernd schlechten Lage nicht gesprochen werden kann. Zum Glück haben wir solche Berufe noch. (Rufe der Kommunisten: Die Arbeitslosen hungern!) Von Hungerern kann doch gar keine Rede sein, wenn nach der langandauernden Arbeitslosenfürsorge immer noch die Wohlfahrtspflege bereit steht, das ist eine Fürsorge, nach der, wenn sie in Ruhe bestünde, Sie sich alle Finger ablecken würden! In der Ausschussberatung wird die Regierung darlegen, welche Maßnahmen sie im einzelnen getroffen hat und noch treffen will. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brey-Hannover (Soz.):

Herr Jadasch, der gegen uns so heftige Angriffe gerichtet hat, dürfte auch wissen, daß es gar nicht so leicht war, auch nur das bestehende Arbeitslosenerziehungs-gesetz durchzubringen, und daß wir auch mit dem Sondererziehungs-gesetz gar nicht sehr einverstanden waren. Wir haben versucht, es zu ändern, aber die Macht dazu hat uns gefehlt. Selbst mit den Kommunisten zusammen können die Sozialdemokraten diesem Hause nicht ihren Willen aufzwingen. Wenn es sich aber darum handelt, die Mittel aufzubringen, dann sind die Kommunisten niemals dabei. Sie behaupten, daß die Arbeitermassen unsere Haltung mißbilligen. Am Sonntag habe ich in Laage in Lippe vor 280 Mann, darunter mehreren Kommunisten, über die Sonderregelung für die Saisonarbeitslosen gesprochen, und man hat mich durchaus nicht aufgefressen, auch die anwesenden Kommunisten waren ganz gestillt und haben nicht jenes Rezept empfohlen, wie Herr Jadasch hier und wie das die Kommunistenpresse seit Wochen tut.

Die Erwerbslosen werden diesen Worten nicht folgen, denn sie wissen, daß das für sie nicht gut ausgehen würde,

sondern vielleicht so wie seinerzeit in Hannover, wo man den Kampf nach solchen Parolen führte, die Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden, der Generalklub sich aber auf der Schützenwiese befand! (Wüßtes Geschrei der Kommunisten, deren Mitglied Müller wegen der Zurufe „Schwindler“ zweimal zur Ordnung gerufen wird. Ebenso geht es dem Abg. Radel, und beide werden auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes hingewiesen. — Durch die fortwährenden lärmenden Gegenrufe der Kommunisten gehen die Ausführungen des Redners zum Teil verloren.)

Damit wir ein klares Bild über die Zahl der Erwerbslosen bekommen, bitten wir auch die Zahl der nicht Unterstützten anzugeben. Dann werden solche Ueberschätzungen, mögen sie gewollt oder im guten Glauben gemacht sein, nicht vorkommen. Ebenfalls

MOTTO: „Gut Zildesof und alle ist wieder gut“



Die Zigarette der Zigaretten



Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A-G Dresden-Nis-Industriegelände

Ist nicht zu bestreiten, daß die Erwerbslosigkeit enorme Ausdehnung angenommen hat. In diesem Winter sind ein Fünftel der durch die Statistik Erfassten erwerbslos, im vorigen Winter waren es erst ein Siebentel. Im Ausland muß mit Fleiß und Umsicht gearbeitet werden, um für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter etwas herauszuholen. Der Arbeitsmarkt ist überlaufen, und in derselben Zeit, wo die Bevölkerung um 2 Millionen zugenommen hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen von 37 1/2 auf 43 1/2 Millionen gestiegen. Es sind also

5 Millionen mehr Arbeitsuchende

vorhanden. Wir haben es also mit einem sehr schwierigen Problem zu tun, zumal unser Wirtschaftsgebiet seit dem Krieg kleiner ist. Auf allen Gebieten ist heute ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden. Die Andrangsziffern sind riesenhaft. Ihnen stehen aber nur etwas über 32 000 offene Stellen gegenüber. Es stimmt auch nicht, daß in der Landwirtschaft Arbeit zu finden wäre. Ein Bericht der Regierung von Wienstein teilt unterm 26. v. M. mit, daß ein Arbeitermangel dort nicht besteht, sondern im Gegenteil ein Ueberangebot vorhanden sei. Und das gleiche wird aus Königsberg amtlich mitgeteilt. Dazu kommen die Folgen der Rationalisierung, durch die in einzelnen Industriegruppen bis zur Hälfte der Arbeitskräfte und darüber aus den Betrieben herausgedrängt werden. (Zurück der Kommunisten: Ihr schließt Tarifverträge mit 60stündiger Arbeitszeit!) Wir schließen sie mit kürzerer Arbeitszeit und trachten je nach der Lage der Organisation mehr herauszuholen. Wenn wir nicht mehr erreichen, so sind Sie (zu den Kommunisten) verantwortlich, die durch ihren Kampf gegen die Gewerkschaften die Beschützer der Unternehmer sind. (Wärm der Kommunisten.) In unseren Tarifverträgen dominiert der Achtstundentag, Sie aber fangen lieber mit den Unorganisierten an!

Hg. Daubenberg (Komm.): Die Unorganisierten sind zehnmal besser, als die Organisierten!

(Stürmisches Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Für das Problem des älteren Arbeiters und Angestellten sind folgende Zahlen von Wichtigkeit: Es standen von den Arbeitlosen

im Alter von	Männer	Frauen
18-21 Jahren	13 Proz.	4,7 Proz.
21-45	58,2	6
45-60	19,4	14,4
60-	6,3	2,6

(Zu den Kommunisten, die fortwährend Bärm machen, sagt der Redner: Daß Sie auch an diesen Ziffern kein Interesse haben, ist ein weiteres Zeichen für den Ernst, mit dem Sie die ganze Angelegenheit behandeln.) Wünschenswert wäre, in der Statistik auch die Altersklassen von 30 bis 40 und von 40 bis 45 Jahren anzugeben.

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, daß Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr Arbeit bekommen.

Man hat das auch im Sozialpolitischen Ausschuss zugegeben und nur gesagt, es geschehe nicht aus Bösartigkeit, sondern weil bei dem härteren Arbeitsprozeß diese älteren Leute nicht mehr genug scharfe Augen und genug geschickte Finger haben. Das ist aber kein Trost für die Arbeitlosen. — Eine raschere Erteilung der Aufträge von Reichsbahn und Reichspost wäre dringend zu wünschen, nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Wirtschaft. Der Proßt kann ja nicht mehr allzu lange dauern, und es muß alles vorgekehrt werden, damit dann die Notstandsarbeiten sofort wieder aufgenommen werden.

Die Zeit ist gekommen, um die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszuweihen und sie auf 52 Wochen zu verlängern, bei den über 40 Jahre Alten auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Die werden im Ausschuss unseren Antrag durchzusetzen streben, selbst auf die Gefahr hin, damit das Mißfallen der Kommunisten zu erwecken. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Hg. Riegener (Z.): Die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist ein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik. Die Gemeinden tun das Möglichste, um den Ausgesteuerten zu helfen.

Hg. Schneider (Dem.): Am längsten dauert die Erwerbslosigkeit bei den Angestellten, darum sind sie an der Krisenfürsorge stärker beteiligt als an der Arbeitslosenversicherung. Für die älteren Angestellten müssen Sondermaßnahmen getroffen werden. Bei weiterer Steigerung der Arbeitslosigkeit müßten die Mehrkosten aus Reichsmitteln gedeckt werden.

Hg. Trochmann (Bayer. Sp.): Die kommunistischen Forderungen sind geeignet, die ganze Arbeitslosenversicherung totzuschlagen. Wenn die Erwerbslosen den kommunistischen Parolen folgen, geraten sie nur noch tiefer ins Elend.

Hg. Stöhr (Natioz.): Den Reparationsagenten sollte man für seinen Verzicht als künftigen Ausländer aus Deutschland ausweisen. Den sozialdemokratischen Antrag sollte man ohne Ausschussberatung sofort annehmen.

Hg. Döberich (Chr.-nat. Bauernpartei): Die Rentenpsychologie greift immer weiter und hindert eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft. Stärkung der Landwirtschaft ist die beste Sozialpolitik.

Nach einigen Bemerkungen des Hg. Räder (Komm.) schließt die Aussprache.

Die Rationalisierungsbeurteilung, den sozialdemokratischen Antrag ohne Ausschussberatung sofort zu erledigen.

Hg. Dittmann (Soz.) zur Geschäftsordnung — von den Kommunisten mit dem Ruf „Amereu“ empfangen, der von den Rationalisierungsbeurteilung aufgenommen und befaßt wird —: Ich überlasse es den Kommunisten und den ihnen genehmigungsverwandten Böckischen, Beschimpfungen wie diese in den Reichstag einzuführen, ich werde mich auf dieses Niveau nicht begeben. (Hg. Torgler (Komm.) wird wegen beleidigender Jurisprudenz zur Ordnung gerufen — Ruf rechts: Meuterei wird hier eingeführt.)

Ich frage, ob sich der Reichstag auf die Dauer von einer einzelnen Fraktion terrorisieren lassen will.

(Lebh. Zustimmung. — Beschrei der Komm.) Wir nehmen für unseren Antrag ein Brißlag nicht in Anspruch, sondern sind damit einverstanden, daß er wie die anderen Anträge dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen wird.

Schließlich werden alle Anträge dem Ausschuss überwiesen.

Hg. Müller (Komm.) versucht in einer persönlichen Bemerkung zu beweisen, daß er mit Recht den Abgeordneten Brey einen Schwindler genannt habe, als dieser von den Unruhen in Hannover vor einigen Jahren sprach.

Hg. Brey (Soz.): Als ich in meiner Rede von den Generalfeldherren sprach, zu denen wohl auch Herr Müller gehört hätte, nicht Herr Müller zustimmend. Jetzt bestritt er, mit den anderen Generalfeldherren auf der Schützenwiese gemessen zu sein, während bei Arbeitlosen, den kommunistischen Parolen folgend, ihre Haut in den Straßen Hannovers zu Marne trugen. Ich habe damals nicht, wie Herr Müller behauptet, im ruhigen Stübchen gesessen, sondern im Aktionsausschuss, und da konnte ich den Mut gewisser Vintzenradfahrer sehen, von denen wir einen aus dem Sofa hervorholten. Im übrigen kann ich im Schwindeln mit den Kommunisten nicht in Konkurrenz treten. (Sehr gut! bei den Soz.)

Im 6 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 3 Uhr: Entlastung des Reichsgerichts, Kellogg-Pakt und Arbeitschutzgesetz.

Weiterbericht der öffentlichen Weiterdiensthilfe Berlin und Umgebung (Komm. verh.). Quert meist trübe mit Kellogg zu leichten Schneefällen, später Reichsregierung des Protests und zeitweilige Erdbeben. — Für Deutschland: Im Westen teilweise bewölkt und nur geringer Frost. Im übrigen Reichsgebiet ziemlich strenger Frost. Im Osten heiter, frühweiche Schneefälle.

Harry Liedtke singt u. spielt im Film

Ich küsse Ihre Hand, Madame

Der erste Tonfilm! Das Wunder des Jahres 1929!

68 759 Besucher sahen den Film! Wünschen Sie ihn nicht auch zu sehen?

VICTORIA-THEATER

(Prachtsäle des Ostens) / Frankfurter Allee 48

SCHWARZER ADLER

Frankfurter Allee 99

bis Donnerstag, täglich ca. 5, ca. 7 und ca. 3/4 9 Uhr. — Zur ersten Vorstellung 5 Uhr ermäßigte Eintrittspreise.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 1. & 2. Staats-Oper Jäger u. Löwen A.-V. 34 20 Uhr Fortwales Lied Die fünf Wünsche	Mittwoch, 4. & 5. Stadt. Oper Blumencast. Turnus IV 19 1/2 Uhr Troubadour
Staats-Oper Am Plä. Republ. R.-S. 32 10 Uhr Fidelio	Stadt. Schauspiel. 20. 21. 22. A.-V. 32 20 Uhr Nathan der Weise

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzg. 26 Uhr Hinterhauslegende.

Theater des Westens

Täglich 8 1/2 Uhr

Der sensationelle Erfolg! Käthe Dorsch in Friederike

Musik von Franz Seiler Kammerf. Karl Jöben (Singspeler Berlin)

Veranstaltung ununterbrochen. Sätze den röhren Ton geblüht. Teleph. Stelaplatz 931 u. 7108.

Metropol-Theater

Täglich 8 Uhr

Lustige Witwe

mit FRITZI MASSARY

Max Hansen, Walt Janzahn, Uechi Elbert, H. Jenkner, W. S. Hauffert, Marquits Sisters, Frisco, Beauty Girl, Jackson Boys

Zwei Charell - Inszenierungen

Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern.

In beiden Theatern Sonntag 3 Uhr Nachm.-Vorstellung zu halben Preisen

Neu auf Elektro

Gr. Schauspielhaus

Täglich 8 Uhr

Casanova

mit ALFRED JERGER

Anni Frind, Erny Jolan, Anny Ahlers, Liska, Gerda, La Jona, Wieholsch, Kupfer, Arno, Berden, Morgan, Blanzkohorn, Ficht

Lustspielhaus

Friedrichstr. 236 Bergmann 2922/23 Täglich 8 1/2 Uhr

Guldethielcher

in Weekend im Paradies

Rosa-Theater in der Friedrichstr. 123 Täglich 8 1/2 Uhr Die Fledermaus

Theater am Nollendorfplatz

Täglich 8 Uhr Freitag u. So. Male: Jettchen Geber: Singpiel von Walter Kolff.

Trianon-Th. Täglich 8 1/2 Uhr Das Haus der Laster (Yoshiwara)

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

SCALIA

8 Uhr u. 5 Barbarossa 9236

4 Bronetts con Colleano

und weitere Varietè Attraktionen.

Winter Garten

8 Uhr

In Berlin noch nicht gezeigte Varietè - Neuheiten

und weitere Sensationen.

Volksbühne

Theater am Schillingplatz 8 Uhr

Das Mädel aus der Vorstadt

Komödie von Edouard Bourdeik Regie: Forster Larinaga.

Theater am Schillingplatz 8 Uhr Die Drei-Graschen-Oper

Thalia-Theater 8 Uhr Oelrausch

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Hinterhauslegende.

Staatstheater am Platz der Republik 8 Uhr Fidelio

Thalia-Theater 8 Uhr Oelrausch

Kammerspiele

Norden 12 31/2 u. Ende nach 10 1/2 Uhr

„Sobieski“

Komödie von Edouard Bourdeik Regie: Forster Larinaga.

Die Komödie Blumark 2414 7516 8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2

„Olympia“

von Franz Molnar Regie: Forster Larinaga.

HALLER-REVUE „Schön und schick“

in im Admiralsplatz Täglich 8 Uhr

Thalia-Theater 8 Uhr Oelrausch

Berliner Theater

Direkt. Heinz Herald Charlottenstraße 96 A. 2. Dönhof 170 Täglich 8 Uhr

3 X Hochzeit

(Able's Irish Rose)

Lessing-Theater 8 Uhr Katharina Knie.

Planetarium am Zoo (mit. Jedochstr. 124 No. 157) 16 Uhr Der Sternhimmel im Winter

Mars und seine Rätsel

Werden u. Vergehen d. Sterne

Barnowsky - Bühnen

Theater in der Klinggraber Straße 8 1/2 Uhr

Revue im Erlebenshaus

Schauspiel von P. M. Lampel.

Komödienhaus 8 1/2 Uhr Das Geld auf der Straße

Bismarck u. Österreich

Reichshallen-Theater

Vond. 8 30min. nachm. 8

Das letzte neue Feder-Pragt. der Steiner Sänger

Nachm. halbe Preise, volles Programm.

Dönhoff - Brett: Konzert / Tanz / Varietè 10 große Kammern.

CASINO-THEATER

Lohninger Straße 37. Neu!

Kilometerliebchen

Dazu ein erstklassiger bunter Teil für unsere Leser Gutschein für 1 Pers. Freitag nur 1,15 M., Sessel 1,25 M. sonstige Preise. Parken u. Ran. 100.

NEUE WELT

Arnold Scholz Rosenstraße 102/14

Gastspiel Johann Strauß aus Wien u. Großes Wockbierfest.

Einmal 6 Uhr. 50 bayr. Maßl.

Zentral-Theater

in Linden, bei Schloss Farnich 8 1/2 Uhr Sonntag auch 4 Uhr

Heute Zum 50. Male Ich küsse Ihre Hand, Madame

Ein Spiel von Liebe und Lenz mit dem gleichnamigen Schillerer Schauspiel von Ferdinand Brückner Regie: Heinz Hilpert

Deutsches Theater Norden 12 31/2 u. Ende nach 10 1/2 Uhr Die Verbrecher

Schauspiel von Ferdinand Brückner Regie: Heinz Hilpert

Renaissance-Theater

Tel. Steingäß 001 u. 2023/24. Täglich 8 1/2 Uhr

„Das große ABC“

Regie Gust. Dariusch

Theater a. Kottbuser Str. Kottbuser Str. 2 Tel. M. 1607 Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)

Elite-Sänger

Faschings-Programm! Einmal 5 u. 7 Uhr. der beliebte Komiker und Tanzhumorist als Gast

Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu einer außerordentlichen Generalversammlung am Donnerstag, dem 28. Februar 1929, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal unseres Bankgebäudes in Hamburg, No. 9, ein.

Tagesordnung:

- Beschlußfassung über Genehmigung des Verschmelzungsvertrages mit der Mitteldeutschen Creditbank zu Frankfurt a. M., wonach die Vermögensgegenstände der Creditbank zu Frankfurt a. M. im Wege der Fusion als Ganzes ohne Liquidation gemäß § 306 HGB. auf die Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft übergeht und für je RM. 100.— Neubesetzter der nicht im Besitz der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft befindlichen Aktien (Stamm- und Vorzugsaktien) der aufgeschwemmten Gesellschaft einschließlich Dividendenanspruch im Jahr des Geschäftsjahrs 1929 aus dem Aktienbuch unserer Gesellschaft im Neubesetzter von RM. 100.— mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1929 gewährt werden und die Aktionäre der Mitteldeutschen Creditbank gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines für das Geschäftsjahr 1928 10% des Nominalbetrags ihrer Aktien abzüglich aller etwaigen Kapitalertragsteuer erhalten.
- Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals um RM. 15.000.000.— auf RM. 75.000.000.— unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre durch Ausgabe von auf den inhaber laufenden Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1929 ab zum Zweck des Anstausches gegen die Aktien der Mitteldeutschen Creditbank, und zwar für je RM. 100.— Neubesetzter Aktien (Stammaktien und Vorzugsaktien) der Mitteldeutschen Creditbank RM. 100.— Neubesetzter neue Stammaktien unserer Gesellschaft.
- Festsetzung der Einzelheiten der Aktienausgabe.
- Satzungsänderungen: a) soweit sie durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 erforderlich werden, b) Änderung des § 16 (Aufsichtsratsmitglieder können auch auf eine kürzere Dauer als für 4 Jahre gewählt werden), c) Änderung des § 17 (der Aufsichtsrat wählt einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter).
- Aufsichtsratswahl. Diejenigen Aktionäre, die bei der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien oder einen ordnungsgemäßen Hinterlegungsschein eines deutschen Notars spätestens am 23. Februar a. e. während der üblichen Geschäftsstunden bei unseren Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg: bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen: in Frankfurt a. M. bei unserer Filiale und dem Herrn J. Dreyfus & Co. in Köln bei unserer Filiale und dem Bankhaus J. K. Stiefel in Amsterdam bei der N. V. Bulo Kaufmann & Co.'s Bank, außerdem bei die Mittelstelle der Girodeutschebank auch bei der betreffenden Effektenbank zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daselbst zu belassen.

Hinterlegungsscheine gelten nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Betrag und Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in den Hinterlegungsscheinen selbst bezeichnet ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei der Hinterlegungsstelle in Verwahrung bleiben.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungsscheine werden Eintrittskarten ausgestellt. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Ertragsausweise ein- und ausgebracht werden.

Hamburg, des 1. Februar 1929.

Der Vorstand.

Johannes K. Schmidt: Das Brot

Fiat justitia et pereat mundus.

Der Bäckermeister G. in E. war um keinen Grad barmherziger oder herzloser, gerechter oder heuchlerischer als seine Millionen Kollegen auf der Welt. Er war ein Kleinbürger wie alle, er hielt zu den Arbeitern, weil sich seine Kundenschaft aus ihnen zusammensetzte, und bekämpfte mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, mit seiner Organisation die Forderungen der Arbeiterschaft nach menschenwürdiger Arbeitszeit und auskömmlichen Löhnen; denn er beschäftigte neben einem Gesellen und vier Lehrlingen auch eine Verkäuferin und einen Arbeitsburschen, welcher seine Waren austragen mußte. Im großen und ganzen war er ein biederer Bürger, eine wahrhaft verlässliche Stütze jedes bürgerlichen Staats und seiner Gesellschaftsordnung.

Ein einem trüben, regnerischen Novembertage hatte er seiner Verkäuferin den Nachmittag über freigegeben. Seine Frau war in der Küche beschäftigt. Gesellen und Lehrlingen vertraute er aus Prinzip den Ladenverkauf nicht an. Er mußte also selbst, so ungern er es auch tat, die Kundenschaft bedienen, oder, besser gesagt, abfertigen. In Deutschland ist der Angehörige einer „höheren“ Gesellschaftsklasse eine Art Vorgesetzter der niedrigeren. Und es gibt wenige Menschen, die gegen solchen Hochmut der Besitzenden protestieren, weil alle hoffen, eines Tages selbst höher zu steigen, und sich für die erlittenen Demütigungen ihrer Armut an den Kernsten rächen zu können. Wenn einer der vereinzelt Kunden den Laden betrat, mußte er immer einige Minuten warten, bis der beleidete Meister, bereit, zu verkaufen, aus seinem Zimmer kam.

In der Dämmerung klingelte die Türglocke. Ein scharfer Luftzug kündete dem Meister, der in seinem Begehrt am Ofen ein wenig eingeschlämmt war, an, daß ein Kunde die Tür offen gelassen hatte. Er erhob sich schwerfällig und nahm sich vor, den Kunden energisch über seine Pflicht, die Tür hinter sich zu schließen, aufzuklären. Als er die Tür zum Laden geöffnet hatte, konnte er gerade noch sehen, wie eine Frau, die ein gefülltes Einkaufstasche im Arme hielt, mit einem Brot unter dem Arm den Laden verließ und die Tür hinter sich zuschlug. Das träge Blut des Bäckers kam in Wallung. Ohne Zweifel: Er war bestohlen worden. Schneller als man es seinem Bauch zutrauen konnte, war er um den Ladenisch herumgerannt, hatte er die Ladenür hinter sich verschlossen, rann er hinter der Diebin her.

Die Frau fühlte sich verfolgt und beschleunigte ihre Schritte. Der Bäckermeister erreichte sie an einer verkehrsreichen Ecke und hielt sie fest. Resigniert meidend ergab sie sich in ihr Schicksal. Der Bäcker, durch die Verfolgung erregt, führte sie zu dem Schutzmann, der auf der Mitte der Kreuzung stand. Da er um diese Zeit von seinem Posten abgelöst wurde, machte er sich einige Notizen und nahm das weinende Weib mit zur Wache.

Nach einer Stunde brachte ein Polizeibeamter dem Bäckermeister das Brot zurück. Der Meister hatte eben seiner Frau und dem Gesellen, der bei ihr in der Küche stand, die Geschichte mit dem gestohlenen Brot erzählt. Allerdings etwas ausgeschmückt, um sein Heubentum ins rechte Licht zu stellen. Ein Held zu sein ist der Wunschtraum jedes Kleinbürgers, der so von Jugend auf mit den erlogenen Heroengeschichten aus der Historie überfüllt wird. Als der Beamte den Laden betrat, hatte sich der Bäcker in eine müde Empörung über die „Wildwestzustände in dieser Republik“ hineingeredet. Der Beamte fragte ihn, nachdem er den Empfang des Brotes bestätigt hatte, ob er gegen die Frau, der es anscheinend sehr schenkt ging, Strafantrag stellen wolle. Ohne sich zu bestreiten, bejahte der Bäcker die Frage, worauf sich der Polizist, bedenklich den Kopf schüttelnd, entsetzte.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Zwei Wochen nach dem Vorfall wurde der Bäckermeister von einem Kriminalkommissar vernommen. An diesem Tage hatte der Meister in einer Versammlung von Fachkollegen aus Anlaß einer Debatte über die immer zu hohen Steuern die Geschichte von dem gestohlenen Brot zum besten gegeben und wieder die Republik, die für die hohen Steuern ihre Bürger so wenig gegen verbrecherisches Gesindel schütze, darum geschmäht. Es gehört in jeder bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands zum guten Ton, die Republik herabzusetzen und die Vergangenheit zu loben. Der deutsche Bürger geht wie ein Krebs vorwärts, den Wind immer nach dem Vergangenen wemdel. Bei der Vernehmung erklärte er dem Kriminalkommissar gegenüber ausdrücklich, nicht auf eine Strafverfolgung verzichten zu können. Er konnte es auch wirklich nicht, wenn er sich seinen Bekannten gegen-

über nicht selber beschwören wollte. Die Rücksicht auf die Meinung der anderen lähmt jedes Gefühl für das Recht oder Unrecht seines eigenen Tuns.

Neun Monate später wurde gegen die Frau wegen Diebstahls verhandelt; denn sie hatte, auf völligen Freispruch hoffend, die geringfügige Polizeistrafe nicht angenommen. Der Bäckermeister sah im Gerichtssaal zum ersten Male das verhärmte, zerarbeitete Gesicht der Frau. Seine heidische Ueberlegenheit, die Ueberhebung des Satten gegenüber dem Armen war mit der Zeit verschwunden. Andere Ereignisse, andere Sorgen waren an ihn herangetreten, hatten das Abenteuer seines ereignisarmen Lebens verblissen lassen. Er war wieder der brave, biederliche Kleinbürger geworden, der seinen Mitbürgern die Margarine auf das noch bene wohlverordnete Brot gönnte und beim Bier mit seinen Kollegen auf die Steuern und „untragbaren sozialen Lasten“, auf den neuen Staat und die Begehrlichkeit der unteren Klassen schimpfte.

Die Bäckerin der Frau schenkte ihm an, sie nicht noch unglücklicher zu machen, als sie es ohnehin schon war. Der Bäcker ließ sich von der stummen Bitte rühren. Was hatte er denn schließlich davon, wenn die arme Frau eingesperrt wurde? Er sagte aus, das Brot von der Frau selbst zurückzubehalten zu haben, daß er sich nicht geschädigt fühle, er verbitte, daß er die Frage des Polizeibeamten, ob er Strafantrag stellen wolle, mit Nein beantwortet habe.

Dieser Aussage trat der Schutzmann entgegen. Eid stand gegen Eid. Der Straftat um das gestohlene Brot trat in den Hintergrund. Der Staatsanwalt, ein junger Assessor, der eine schlechte Nacht hinter sich hatte, nahm den Bäcker in ein scharfes Verhör. Der Meister verweilte sich in Widersprüche, sagte, unter Eid, das ungereimteste Zeug aus. Es schien, als sei er, der Belastungszeuge, zum Angeklagten geworden. Er beschwor, die Ladenür hätte offengestanden, als die Frau den Laden betrat, sie sei überhaupt durch die Hintertür aus der Backstube eingetreten, sie sei in der Richtung nach dem Vorrat davongelaufen, kein Polizist hätte ihn gefragt, er sei überhaupt nicht bestohlen worden, die Frau hätte es offensichtlich auf die Ladentasse abgesehen und so weiter.

Die Frau wurde auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Der Bäckermeister wurde wegen Meineidsverdacht im Gerichtssaal verurteilt.

Vier Monate lang saß er in Untersuchungshaft. Vier entsetzlich lange Monate war er im ungewissen über sein Schicksal, in Sorge wegen seines Geschäfts, seiner Existenz, seiner Familie.

Dann kam er, diesmal als Angeklagter, wieder vor Gericht. Er hörte, wie sein ganzes Leben, all seine kleinen Geheimnisse, seine kleineren Verfehlungen vor aller Öffentlichkeit durchgeschüttelt wurden.

Er sah dann seine Frau, die mit dem Gesellen im Gerichtssaal verfluchte Händedruck wechselte. Sie hatte sich schon getötet.

Der Assessor war Staatsanwalt geworden. Er genoß in Hochzeiten wegen seiner schwarzen, mobilbegünstigten psychologisch fundierten Präbogens besonderes Ansehen, das ihn anspornte, immer schärfere Strafanträge zu stellen. Er redete sich ein, das Verbrechen durch die größte Strenge ganz ausgerottet zu können. Er forderte für die Meineide des Bäckermeisters drei Jahre Zuchthaus.

Der Bäckermeister wurde zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Dabei wurde seine gemeine Gesinnung als Straferleichternd betrachtet, weil er leichtfertigerweise eine unbefohlene Frau beschuldigt hatte.

Der Meister, durch die Untersuchungshaft zermürbt, nahm das Urteil an, obwohl sein Verteidiger ihm riet, Revision einzulegen.

An dem Tage, an dem man ihn dem Zuchthaus überweisen wollte, fand man ihn in seiner Zelle erhängt. Er hatte seine Hosen zu einem Strick zusammengebunden. Was hätte er auch noch auf der Welt zu suchen gehabt? Ein gemeiner Zuchthäusler kann niemals wieder ein vollberechtigter, angesehenen Bürger werden. Sein Geschick war bis zu seiner Entlassung sicher vernichtet. Und welcher Mensch würde bei einem solchen, der beinahe einen anderen unglücklich ins Gefängnis gebracht hatte?

Er war vernichtet. Und das alles um ein Brot!

Oder vielmehr um ein Prinzip, Gerechtigkeit, und wenn die Welt untergeht. Oder vielmehr: Strafe, und wenn die Gerechtigkeit darüber vernichtet wird.

Man braucht nicht immer ein Verbrechen zu begehen, um ein Verbrecher zu werden.

fernung ist es unmöglich, eine dunkelgekleidete Gestalt auf dunklem Hintergrund zu sehen. Auch eine Kacke im Boden kann von Nutzen sein.

Um die Jahrhundertwende trat in London der Zauberkönig Maselgne mit einem Koffertrick auf, der die ganze Welt in Erstaunen setzte. Er setzte seinen Gehilfen in einen Koffer, verschloß ihn, hüllte ihn in Leinwand und ließ ihn von einigen Herren aus dem Publikum fest verschließen. Dann wurde der Koffer in ein Kabinett gestellt, gleich darauf trat der Assistent herein und wachte der Deffnung des jetzt leeren Koffers bei. Jeden Abend setzte Maselgne eine Belohnung von 10 000 Mark für denjenigen aus, der das Kunststück nachmachen könnte. Zu seinem Schrecken meldeten sich eines Tages wirklich zwei junge Leute, die das Kunststück ausführen, aber Maselgne weigerte sich, die Belohnung zu zahlen. Die Sache ging zu Gericht, und der Zauberkönig mußte wirklich bezahlen, dem der Koffer, mit dem die beiden Fremden das Kunststück ausführten, war mindestens ebenso gut wie der des Zauberkönigs. Wenn man ihn untersuchte, war ihm gar nichts anumerket. Aber die eine Seitenwand wurde von einer Kugel gehalten. Wurde der Koffer gedreht, so fiel die Kugel in ein Loch und der Mann im Koffer konnte mit Beilichtigkeit die Seitenwand herausnehmen. Da der Deckel gemöbelt war, war es eine Kleinigkeit, nun die Verschmierung zur Seite zu schieben, so daß der Gefangene herausziehen konnte. Für den Zauberkönig war es also nur nötig zu verhindern, daß der Koffer noch während der Vorführung in eine solche Lage kam, daß die Kugel vorzeitig herausrollte.

Auch die Deme, die auf dem Tisch zerlegt wird, ist nur ein Tischlerkunststück und verliert etwas von ihrem Reiz, wenn man weiß, daß Kopf und Beine, die man auf dem Tisch nach der Zerlegung sieht, verschiedenen Personen gehören. Jetzt hat ein Konstrukteur in Hamburg diesen Rekord geschlagen, indem er eine Konstruktion bringt, bei der man die betreffende Person sogar in drei Teile zerlegen kann.

Schwebende Jungfrauen in mancherlei Gestalt haben immer ihre Anziehungskraft bewiesen. Sie liegen auf unsichtbaren Geßellen, die heute so vollkommen ausgeführt sind, daß die Wirkung erstaunlich ist.

Ganz verblüffende Wirkungen lassen sich durch den Spiegel erzielen. Damen ohne Unterleib, ohne Kopf und sprechende Köpfe ohne Leib werden dadurch erzielt, daß man die fehlenden Körperteile durch im Winkel gestellte Spiegel dem Auge unsichtbar macht.

Weil schwieriger als die eigentliche „Hererei“ sind die Leistungen der sogenannten Gedächtniskünstler, die ihr Gedächtnis ungeheuer trainieren und in einer Weise mit ihrem Partner eingearbeitet sein müssen, die allein schon Bewunderung verdient.

Wenn wir also auch wissen, daß die Vorführungen dieser Zauberkünstler Schwindel sind, sind sie doch ihres Lohnes wert, weil viel Geschicklichkeit erforderlich ist, um ein guter Zauberkünstler zu werden.

Der Sieg der Kunstbaumwolle

Die große wirtschaftliche Bedeutung, die die Baumwolle seit Jahrtausenden im Orient und seit vielen Jahrhunderten auch im Westen besitzt, ihrem Ende nahe; sie wird entthront durch eine Nebenbuhlerin, die noch viel mehr als die Kunstseide gegenüber der Seide den unbedingten Vorrang vor der Baumwolle besitzt. Der Erfinder dieser Kunstbaumwolle, Dr. C. J. Heben-Thornton, hat Dr. Alfred Bradenwih nähere Mitteilungen über sein Erzeugnis gemacht, die dieser in Actas des Universum wiedergibt. Vor etwa neun Jahren durchstreifte Thornton in Gesellschaft mehrerer anderer Chemiker die Wälder von British-Guana. Da fiel ihm eines Tages ein Vogel auf, dessen Rest eine große Ähnlichkeit mit einem Geflecht aus Rohbaumwolle besaß. Da es in dem Land keine Baumwolle gibt, so forschte Thornton nach der Herkunft der von dem Vogel verwendeten Pflanzenfaser und bemerkte, daß die Fasern von dem Stengel einer unkonstant wuchernden Pflanze stammten. Samen und Wurzeln dieser Pflanze brachte er nach England und baute sie dort an. Durch ständige Kreuzungen und Rückkreuzungen sowie durch chemische Behandlung der Wurzeln wurde aus dem ursprünglichen Unkraut eine hochwertige Kulturpflanze gewonnen, deren Ertrag den der wildwachsenden Pflanze weit übertrifft. Seitdem sind große Landstriche in England mit solcher „künstlichen Baumwolle“ bepflanzt, und zwar bedient man sich dazu der Wurzeln, die im Erdreich absterben und im Laufe einer Kulturperiode durch mehrere, meistens drei neue ersetzt werden. Eine Ausaat ist nicht möglich, weil die Samen schnell entorian und wieder dem Urzustand zustreben. Die aus dieser Pflanze gewonnene Kunstbaumwolle unterscheidet sich in nichts von der natürlichen Baumwolle, ist nur noch feiner, geschmeidiger und schöner gefärbt. Sie ist der Baumwolle in vielen Punkten überlegen und vor allem sehr viel billiger herzustellen, dabei zu einem immer gleichbleibenden Preise. Die englische Baumwollindustrie hat daher in der Kunstbaumwolle ein willkommenes Mittel zur Wiederbelebung ihres schwer bedrohten Ausfuhrhandels gefunden und verarbeitet den neuen Stoff in großen Mengen; das ist ohne irgendwelche Umstellung des Betriebes mit den für Baumwolle bestimmten Maschinen möglich. Sobald England versorgt ist, sollen auch die anderen Länder, mit an erster Stelle Deutschland, an die Reihe kommen, und voraussichtlich wird nach in diesem Jahre der Anbau der Kunstbaumwolle bei uns beginnen. Die neue Pflanze liefert auch wertvolle Nebenprodukte, so Pergament, Bauspappe und einen wichtigen Arzneistoff, der aus Stengeln, Blättern und Wurzeln gewonnen wird.

Tulpen im Winter

Wenn in der Natur noch Eis und Schnee den Boden decken und alles Leben unter der Erde noch schläft, erschließen im warmen Zimmer und Treibhaus schon die Tulpen ihre farbenschnöden Blüten. Unsere Vornäter nannten sie Tuliparen, in der Meinung, daß dieses Wort die türkische Bezeichnung der Tulpe sei, die aus der Türkei zu uns kam. Dies ist jedoch, wie die Forschung festgestellt hat, nie der Fall gewesen, da in der türkischen Sprache die Tulpen „ale“ heißen. Dagegen bezeichnet man in der Türkei das Stiel-Kesselstück, mit dem die Türken früher ihren Fes umbanden, mit dem persischen Wort „Tulband“, woraus im Laufe der Zeit und durch die Europäer verläumelt, das Wort „Turban“ entstand. Erst aus der Bezeichnung Turban ging dann schließlich das Wort Tulpe hervor. Wahrscheinlich erfolgte die Uebertragung dieser Benennung auf die ursprünglich rote Blüte deshalb, weil sie in Gestalt und Farbe an den einstufigen turbanumwundenen Fes erinnert. Jedenfalls aber geben nicht die Türken, sondern nur die Europäer der Blüte die Bezeichnung der orientalischen Kopfbedeckung.

Zersägte Jungfrauen und tanzende Skelette

Die aussterbende Kunst der Zauberkünstler

Wer erinnert sich nicht seiner Kinderjahre und der ersten Zaubervorstellung, der er mit Kopfenden Herzen beimohnte? Was war das für ein wunderbarer Mann auf dem Podium, der aus seinem Runden Papierschlangen zog und Konstruktionsvollständige mit zwischendurch den Bögen aus seiner Weste, der haufenweise Infanterie im Handumdrehen fabrizierte und aus Wasser Wein machte, — das waren herrliche Stunden des Staunens.

Heute sind diese Zauberkünstler etwas überholt und wir schütten den Kopf über die Rücksichtslosigkeit der vergangenen Jahrhundert, wenn wir daran denken, daß diese Zauberkünstler einst von Königen und Fürsten mit Gold überschüttet wurden und die Lieblinge der Gesellschaft waren. Auch heute gibt es noch Zauberkünstler dieser Art, aber ihre Tricks müssen nervenanregender sein, wenn sie ein Publikum finden wollen. Auch bei ihnen gibt es viel Kopfschmerz, ehe sie zu Ruhm gelangen. Die Magie der Gegenwart wird in großen Fabriken in Hamburg, London und Chicago hergestellt; hier finden sich die Künstler dieser Branche ein, um sich die neuesten Tricks und ihre Apparate vorführen zu lassen, die geschulte Hirne erstonnen haben. Wer von den Zauberkünstlern sehr viel Geld ansetzen kann, hat natürlich auch heute noch die Möglichkeit, sich das Kleinrecht auf einen besonders guten Trick zu sichern, im allgemeinen aber führen alle Zauberkünstler der ganzen Welt die gleichen Kunststücke vor, die so verblüffend sind, daß auch der aufmerksamste Beobachter trotz allem Nachdenken nicht hinter das Geheimnis kommt. Denn wer kann sich vorstellen, daß der Mann, der sich von einem Degen durchbohrt läßt, daß die Spitze

im Rücken wieder herauskommt, ein biegsames Rohr umgeschmalt hat, durch das der elastische Degen um den Körper herumgeht, um dann am Rücken herauszufahren? Zintenfässer gibt es, die bei dem kleinsten Druck tanzende Tanagrafiguren hernorspringen lassen, doppelbödige Schränke und sogar Schiffe mit Sangschelben, so daß man an der Decke, mit dem Kopf nach unten, entlanglaufen kann.

Eine besonders gute Nummer ist der weiße Zauberer, der auf der dunkeln Bühne erscheint. Ein weißer Stab fliegt ihm durch die Luft in die Hände. Er macht eine Bewegung und neben ihm steht ein Tisch, zwei Tische, zwei Schalen auf den Tischen; in die eine der Schalen legt er Apfelsinenkerne, gleich darauf kann er ein paar Duzend Apfelsinen der Schale entnehmen. Er läßt sich von einem Herrn die Uhr geben, legt sie in die eine Schale und löst sie im nächsten Augenblick, ohne sich dem anderen Tisch zu nähern, der anderen entnehmen. Schließlich nimmt er Karntchen aus den Schalen, wirft sie in die Luft, sie verschwinden, und endlich kommt ein Skelett auf die Bühne und tanzt mit so wilden Bewegungen, daß die einzelnen Glieder sich lösen, durch die Luft fliegen und nicht mehr vorhanden sind.

Dieses Zauberkunststück, so fabelhaft es wirkt, ist ungeheuer einfach. Die Hauptsache ist, daß von der Rampe aus Licht in das Publikum in dem dunklen Saal strahlt, daß die Bühne ganz mit schwarzem Samt bedeckt ist und daß ein schwarzgekleideter Gehilfe mit schwarzen Handschuhen und schwarzer Weste schwarze Tücher von den Gegenständen zieht, die erscheinen und alles, was verschwinden soll, in dunklen Säcken auffängt, denn in einiger Ent-

